

**Zwischenbericht nach IFRS
(gemäß § 315a HGB)**

31.03.2009

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Else-Kröner-Straße 1
61346 Bad Homburg

Inhalt

<i>Zwischenlagebericht</i>	2
Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	2
Chancen- und Risikobericht	19
Bericht zu Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung.....	19
<i>Konzernabschluss</i>	20
Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung.....	20
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	21
Konzern-Bilanz	22
Konzern-Kapitalflussrechnung	23
Eigenkapitalveränderungsrechnung	24
Anmerkungen zum Konzernabschluss.....	25
<i>Corporate Governance</i>	45
<i>Prüferische Durchsicht</i>	46
<i>Kontakte und Kalender</i>	47

Zwischenlagebericht

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die folgende Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA („FMC-AG & Co. KGaA“ oder die „Gesellschaft – beide Synonyme beinhalten in Abhängigkeit vom Kontext auch die Tochtergesellschaften auf konsolidierter Basis) und ihrer Tochtergesellschaften sollte in Verbindung mit dem ungeprüften Konzernabschluss der Gesellschaft und den zugehörigen Anmerkungen gelesen werden, die sich an anderer Stelle dieses Berichts befinden, sowie mit den im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 gemäß § 315a HGB nach IFRS aufgestellten enthaltenen Angaben und Erläuterungen.

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsbezogene Aussagen. In diesem Bericht wird mit der Verwendung der Worte „erwartet“, „geht davon aus“, „beabsichtigt“, „plant“, „ist der Überzeugung“, „strebt an“, „schätzt“ und ähnlicher Ausdrücke beabsichtigt, zukunftsbezogene Aussagen kenntlich zu machen. Obwohl die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die in solchen zukunftsbezogenen Aussagen widerspiegelten Erwartungen plausibel sind, unterliegen zukunftsbezogene Aussagen naturgemäß Risiken und Unsicherheiten, von denen viele nicht genau vorhergesagt werden können und einige möglicherweise überhaupt nicht vorhergesehen werden können. Diese zukunftsbezogenen Aussagen wurden auf der Grundlage von aktuellen Annahmen und Einschätzungen formuliert, die der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin als gesetzlichem Vertreter der Gesellschaft (im Folgenden „der Vorstand“) nach bestem Wissen getroffen hat. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse einschließlich der Finanzlage und der Profitabilität der Gesellschaft wesentlich von denjenigen abweichen, und auch negativer ausfallen können als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden und negativer ausfallen als diese. Des Weiteren können sich in die Zukunft gerichtete Schätzungen und Voraussagen, die auf Gutachten oder Informationen Dritter basieren, als unrichtig herausstellen. Daher kann die Gesellschaft keine Zusicherungen hinsichtlich der zukünftigen Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten Meinungen oder hinsichtlich des tatsächlichen Eintretens der hier beschriebenen Entwicklungen machen. Auch sind zukünftige Ergebnisse der Gesellschaft, selbst wenn sie den hier dargestellten Erwartungen entsprechen sollten, nicht notwendigerweise indikativ für die Leistung der Gesellschaft in zukünftigen Geschäftsjahren.

Zu den Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren, welche die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft von den geschätzten abweichen lassen, gehören insbesondere:

- Änderungen in Erstattungen von staatlichen Stellen und privaten Versicherern für die Produkte und Dienstleistungen der Gesellschaft, einschließlich der vorgeschriebenen Umstellung auf ein ausgeweitetes gebündeltes Erstattungssystem für Dialyседienstleistungen ab 2011;
- Rückgänge in der Verabreichung von EPO oder der Erstattungsleistungen für EPO;
- die Abhängigkeit von staatlichen Erstattungszahlungen für Dialyseleistungen;
- das Ergebnis laufender staatlicher Ermittlungen;
- der Einfluss von privaten Versicherern und Managed Care-Organisationen sowie Gesundheitsreformen;
- Produkthaftungsrisiken;
- das Ergebnis laufender Patentrechtsstreitigkeiten;
- Risiken aus der Integration von Akquisitionen und die Abhängigkeit der Gesellschaft von weiteren Akquisitionen;
- die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen;
- Änderungen der Kosten und des Verordnungsumfelds für Medikamente;
- die Einführung von Generika oder neuen Medikamenten, die mit pharmazeutischen Produkten der Gesellschaft konkurrieren;
- Änderungen der Rohmaterial- und Energiekosten; sowie
- sonstige Aussagen bezüglich der Erwartungen, Annahmen, zukünftigen Pläne und Strategien, erwarteten Entwicklungen sowie sonstiger Inhalte, bei denen es sich nicht um historische Tatsachen handelt.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist darüber hinaus weiteren Risiken und Unsicherheiten ausgesetzt, die im Rahmen der veröffentlichten Berichte der Gesellschaft dargestellt sind. Veränderungen in jedem dieser Bereiche könnten dazu führen, dass die Ergebnisse wesentlich von den Ergebnissen abweichen, die sie oder andere vorhergesagt haben oder vorhersagen werden.

Die im Konzernabschluss dargestellte Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft wird durch die angewendeten Rechnungslegungsgrundsätze sowie durch die Annahmen und Schätzungen beeinflusst, die dem Konzernabschluss der Gesellschaft zu Grunde liegen. Die tatsächlich angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Beurteilungen im Rahmen der Auswahl und Anwendung dieser Grundsätze sowie die Sensitivität der berichteten Ergebnisse in Bezug auf Änderungen in den Rechnungslegungsgrundsätzen, Annahmen und Schätzungen stellen Faktoren dar, in deren Kontext der vorliegende Konzernabschluss und die im Folgenden unter „Operative Entwicklung“ dargestellten Ausführungen zu betrachten sind. Für eine Diskussion der kritischen Rechnungslegungsgrundsätze siehe Kapitel „Anmerkungen zum Konzernabschluss – 2. Kritische Rechnungslegungsgrundsätze“ im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 gemäß § 315a HGB.

Überblick

Das Geschäft der Gesellschaft besteht vorwiegend aus der Erbringung von Dialyседienstleistungen sowie aus der Produktion und dem Vertrieb von Produkten und Geräten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch. Die Gesellschaft schätzt, dass die Bereitstellung von Dialyседienstleistungen und der Vertrieb von Dialyseprodukten und -geräten einen weltweiten Markt von über 65 Mrd. US-\$ mit einem erwarteten jährlichen weltweiten Patientenzuwachs von 6% darstellt. Der Patientenzuwachs wird durch Faktoren wie die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung, ein steigendes Aufkommen von Diabetes und Bluthochdruck, welche häufig einem terminalen Nierenversagen vorangehen, Verbesserungen bei der Behandlungsqualität, durch die das Leben des Patienten verlängert wird, und die sich verbessernden Lebensstandards in den Entwicklungsländern, welche eine lebensrettende Dialysebehandlung ermöglichen, verursacht. Der Schlüssel zu kontinuierlichem Wachstum der Umsätze aus Dialyседienstleistungen ist die Fähigkeit der Gesellschaft, neue Patienten zur Steigerung der Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen zu gewinnen. Daher geht die Gesellschaft davon aus, dass die Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen ein aussagefähiger Indikator für kontinuierliches Umsatzwachstum und Erfolg ist. Zusätzlich beeinflussen das Erstattungsumfeld sowie das Umfeld für die Verordnung von Zusatzdienstleistungen das Geschäft der Gesellschaft erheblich. In der Vergangenheit erlebte die Gesellschaft im Allgemeinen stabile Erstattungen für ihre Dialysebehandlungen, und sie erwartet diese auch in der Zukunft. Das beinhaltet den Ausgleich von ungünstigen Änderungen der Erstattungssätze in gewissen Ländern durch günstige Änderungen in anderen Ländern. Ein Großteil der Behandlungen wird von staatlichen Institutionen wie Medicare in den USA bezahlt. Als Konsequenz des Drucks zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen waren die Steigerungen der Erstattungssätze begrenzt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, die Preise für ihre Dienstleistungen zu beeinflussen, ist beschränkt. Die Ertragskraft ist abhängig von der Fähigkeit der Gesellschaft, ansteigende Personal-, Medikamenten- und Verbrauchsmaterialkosten zu kontrollieren.

Ein Großteil der Dialyседienstleistungen, die die Gesellschaft in den USA erbringt, wird durch das Medicare-Programm bezahlt. Die Medicare-Zahlungen für Dialyседienstleistungen basieren auf einem Mischsatz, der einen Arzneimittelzuschlag enthält. Der Arzneimittelzuschlag wurde mit dem sogenannten „Medicare Prescription Drug, Improvement and Modernization Act of 2003 - Gesetz“ („MMA“) eingeführt, um die Differenz zwischen der Medicare-Erstattung für separat abrechenbare Arzneimittel vor Einführung des MMA und dem im MMA vorgeschriebenen neuen, auf dem Durchschnittsverkaufspreis basierenden Erstattungssystem zu berücksichtigen. Für das Kalenderjahr 2009 hat das Centers for Medicare and Medicaid Services („CMS“) den Arzneimittelzuschlag für 2008 von 0,69 US-\$ unverändert übernommen, was zu einer Verringerung des Arzneimittelzuschlags von 15,5% auf 15,2% des gesamten prospektiven Erstattungssatzes je Behandlung führte. Anders als viele andere Medicare-Programme unterliegt der ESRD-Erstattungssatz keiner automatischen jährlichen Anpassung. Daher hat dieser Anteil des Erstattungssatzes keine jährliche Anpassung erfahren, da keine entsprechende Gesetzesänderung vorgenommen wurde. Im sogenannten „Medicare Improvements for Patients and Providers Act of 2008 – Gesetz“ (das „Gesetz“) hat der Congress den Erstattungssatz für 2009 und 2010 um jeweils 1% erhöht. Des Weiteren hat der Congress eine Klausel eliminiert, nach der in der Vergangenheit an Krankenhäuser angeschlossene Einrichtungen etwas höhere Vergütungen erhielten als unabhängige (oder „freistehende“) Kliniken. Daher werden 2009 alle Kliniken den Satz erhalten, der 2008 für unabhängige Kliniken galt, zuzüglich einer Erhöhung um 1%. Das CMS hat die lohnindexbasierte Anpassung für Dialyseeinrichtungen aktualisiert, die sich 2008 zu 25% aus einer alten – auf den statistischen Ballungsgebieten (MSA – metropolitan statistical area) beruhenden – Anpassung und zu 75% aus einer neuen – auf den statistischen Kerngebieten

(CBSA – core-based statistical area) basierenden – Anpassung berechnete. Für 2009 hat das CMS den Übergang von der MSA Definition auf die CBSA Definition abgeschlossen, so dass die Zahlungen an Einrichtungen nunmehr auf dem CBSA-Satz basieren werden.

Bestimmte andere Artikel und Dienstleistungen, die die Gesellschaft in ihren Dialysezentren bereitstellt bzw. erbringt, sind gegenwärtig im Erstattungssatz nicht enthalten und werden von Medicare separat erstattet. Zu den Wesentlichen gehören Medikamente wie blutbildungsanregende Substanzen (erythropoietin-stimulating agents – „ESA“), Vitamin-D- und Eisen-Präparate, die mit 106% des vom Hersteller an das CMS gemeldeten Durchschnittsverkaufspreises erstattet werden. Produkte und Nebendienstleistungen für Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz, die ihre Dialysebehandlungen zu Hause durchführen, werden ebenfalls separat erstattet. Die Erstattungsstruktur hierfür ist mit dem Erstattungssatz für Behandlungen in Dialysezentren vergleichbar. Diese Erstattungsmethoden begrenzen die zulässigen abrechenbaren Beträge je Behandlung, führen aber für die Gesellschaft zu planbaren Erlösen je Behandlung.

2008 hat der Congress die Entwicklung eines ausgeweiteten gebündelten Erstattungssystems bei terminaler Niereninsuffizienz vorgeschrieben, das für ab dem 1. Januar 2011 erbrachte Dienstleistungen gültig sein soll. Das neue Gesetz verlangt, dass das CMS bis zum 1. Januar 2011 ein gebündeltes Erstattungssystem bei terminaler Niereninsuffizienz einführt, nach dem das CMS die Erstattungen an die Dialysekliniken mit einer Zahlung für (i) alle Produkte und Dienstleistungen, die gegenwärtig im Erstattungssatz enthalten sind, (ii) alle in der Vergangenheit separat erstatteten Verabreichungen blutbildungsanregender Substanzen und sonstiger Medikamente (andere Arzneimittel und Präparate, mit Ausnahme von Impfungen), (iii) diagnostische Labortests und (iv) sonstige zur Behandlung von terminaler Niereninsuffizienz an Personen erbrachte Dienstleistungen vornimmt. Der anfängliche gebündelte Erstattungssatz wird auf 98% der geschätzten Kosten des Medicare-Programms für die Dialyseversorgung für 2011 festgesetzt. Diese Schätzung errechnet sich anhand des gegenwärtigen Erstattungssystems unter Zugrundelegung der jeweils geringsten Inanspruchnahme je Patient aus den Jahren 2007, 2008 und 2009. Der gebündelte Satz wird Anpassungen aufgrund der Fall-Zusammensetzung unterworfen sein, die Merkmale der einzelnen Patienten (z. B. Alter, Gewicht, Körpermassenzahl) sowie Komorbiditäten widerspiegeln können. Außerdem sollen Anpassungen aufgrund von (i) bestimmten Einzelfällen von Patienten mit extrem hohen Kosten aufgrund von außergewöhnlichen medizinisch notwendigen Versorgungserfordernissen, (ii) unverhältnismäßig hohen Kosten von Kliniken mit geringen Fallzahlen im Vergleich zu anderen Kliniken und (iii) vom Gesundheitsminister für angemessen erachtete sonstige Anpassungen vorgenommen werden. Ab 2012 wird der gebündelte Erstattungssatz jährlichen Erhöhungen unterliegen, die auf dem Anstieg der Kosten eines vom Gesundheitsministerium („HHS“) noch festzulegenden Korbs aus Dialyseprodukten und -dienstleistungen abzüglich 1% beruhen. Des Weiteren wird das Gesetz Qualitätsstandards festlegen, die ab 2012 einem leistungsorientierten Erstattungssystem zugrunde liegen sollen. Dialysekliniken, die die festgelegten Qualitätsstandards nicht erreichen, werden die Erstattungen um 2% gekürzt. Qualitätsstandards für Kliniken werden voraussichtlich in den Bereichen Anämie-Management, Patientenzufriedenheit, Eisen-Management, Mineralstoffwechsel der Knochen und Gefäßzugang entwickelt. Die Leistungswerte der einzelnen Kliniken werden öffentlich zugänglich sein. Das gebündelte System wird phasenweise über einen Zeitraum von vier Jahren eingeführt, so dass die Implementierung für alle Dialysezentren zum 1. Januar 2014 abgeschlossen sein wird. Dienstleister können sich jedoch bis einschließlich 2010 jederzeit freiwillig für eine volle Umstellung auf das neue System entscheiden. Das Gesetz weitet die Befugnisse von spezialisierten Medicare Advantage („MA“) Programmen zur Fokussierung auf die Aufnahme bestimmter Zielgruppen bis zum 31. Dezember 2010 aus und revidiert die Definitionen, Anforderungen an das Versorgungsmanagement und Standards der Qualitätsberichterstattung für alle spezialisierten Programme. Das CMS befindet sich gegenwärtig in der Entwicklung der zur Einführung des neuen Systems notwendigen

Vorschriften. Nähere Einzelheiten des Systems werden erst bei Verabschiedung der endgültigen Vorschriften durch das CMS im Laufe des Jahres 2010 bekannt werden. Das Gesetz verlängert das Moratorium auf die neuen spezialisierten MA Programme bis zum 31. Dezember 2010. Das ausgeweitete gebündelte Erstattungssystem bei terminaler Niereninsuffizienz wird wesentliche Auswirkungen auf die Erstattungen der Gesellschaft für Epogen[®] und andere Materialien und Dienstleistungen haben. Die Gesellschaft wird erst nach Verabschiedung der endgültigen Vorschriften des CMS in der Lage sein, die Gesamtauswirkung des neuen Systems auf ihr Geschäft zu beurteilen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist in drei operativen Segmenten organisiert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Die Gesellschaft hat die operativen Segmente International und Asien-Pazifik für Berichtszwecke zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte aufgrund der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich unter anderem auf die erbrachten Dienstleistungen, die vertriebenen Produkte, die Art der Patientenstrukturen, die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie das wirtschaftliche Umfeld. Die für die Rentabilität und den Cash Flow aller Bereiche eines Segments zuständigen Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin überwachen das Management des jeweiligen Segments. Die Rechnungslegungsgrundsätze der operativen Segmente sind die gleichen wie für die nach den in den USA allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung („U.S.-GAAP“) aufgestellten Konzernabschlüsse der Gesellschaft. Der Vorstand beurteilt die Segmente anhand einer Zielgröße, die so gewählt ist, dass sie alle Aufwendungen und Erträge beinhaltet, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen.

Das operative Ergebnis ist aus Sicht des Vorstands der Gesellschaft der Maßstab, der am besten dazu geeignet ist, die Ertragskraft des Unternehmens zu beurteilen. Die Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt. Daher sind Zinsaufwendungen für die Finanzierung keine Zielgröße für die Segmente. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente. Die Kosten der Zentralbereiche, die im Wesentlichen aus bestimmten Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. bestehen, werden ebenfalls nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft auch hier um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Zudem wurden bestimmte Akquisitionen und immateriellen Vermögensgegenstände nicht den Geschäftssegmenten zugeordnet, sondern unter den Zentralbereichen ausgewiesen. Daher werden diese Komponenten nicht in die Analyse der Segmentergebnisse einbezogen, sondern in der folgenden Darstellung der operativen Entwicklung des Konzerns erläutert.

Operative Entwicklung

Die folgende Tabelle fasst den finanziellen Erfolg und ausgewählte operative Entwicklungen der Gesellschaft nach wesentlichen Geschäftssegmenten für die angegebenen Zeiträume zusammen. Umsätze zwischen den Segmenten betreffen hauptsächlich den Verkauf von medizinischen Geräten und Verbrauchsmaterialien vom Segment International an das Segment Nordamerika. Die Informationen sind nach dem Managementansatz aufbereitet, d.h. in der gleichen Art und Weise und auf der gleichen Basis, mit der das Management intern finanzielle Informationen zur Unterstützung von operativen Entscheidungen und zur Beurteilung der Managementergebnisse verarbeitet.

Segmentdaten						
in Mio. €, ungeprüft	US GAAP		IFRS Anpassungen		IFRS	
	1. Quartal	2008	1. Quartal	2008	1. Quartal	2008
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Umsatzerlöse						
Nordamerika	1.362	1.113				
International	617	575				
Gesamt	1.979	1.688	-	4	1.979	1.692
Umsätze zwischen den Segmenten						
Nordamerika	-	-				
International	14	12				
Gesamt	14	12	-	-	14	12
Umsatzerlöse mit Dritten						
Nordamerika	1.362	1.113				
International	603	563				
Gesamt	1.965	1.676	-	4	1.965	1.680
Abschreibungen						
Nordamerika	49	37				
International	31	27				
Konzern	1	1				
Gesamt	81	65	-	-	81	65
Operatives Ergebnis						
Nordamerika	209	182				
International	113	95				
Konzern	(18)	(18)				
Gesamt	304	259	1	3	305	262
Zinserträge	3	4	-	-	3	4
Zinsaufwendungen	(60)	(59)	-	-	(60)	(59)
Ertragsteuern	(89)	(76)	(1)	(2)	(90)	(78)
Anteile anderer Gesellschafter	(6)	(4)	-	-	(6)	(4)
Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt)	152	124	-	1	152	125

Der Vergleich des 1. Quartals 2009 mit dem 1. Quartal 2008 ist durch die Abwertung des Euros gegenüber dem US-\$ stark verzerrt, da ca. 69% des Umsatzes und 69% des operativen Ergebnisses im US-\$-Raum generiert werden.

1. Quartal 2009 im Vergleich zum 1. Quartal 2008

Konzernabschluss

Zentrale Indikatoren für den Konzernabschluss

	1. Quartal 2009	1. Quartal 2008	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	7.041.174	6.723.779	5%	
Organisches Behandlungswachstum in %	4,4%	3,9%		
Umsatz in Mio. €	1.965	1.680	17%	8%
Bruttoergebnis in % vom Umsatz	33,7%	34,1%		
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten in % vom Ums:	17,3%	17,8%		
Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC AG&Co.KGaA entfällt)	152	125	22%	12%

Die Gesellschaft erbrachte 7.041.174 Behandlungen im 1. Quartal 2009, ein Anstieg um 5% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2008. Hierzu trugen das organische Behandlungswachstum 4% und Akquisitionen 2% bei, teilweise ausgeglichen durch die Auswirkung eines fehlenden Behandlungstags von 1%.

Am 31. März 2009 besaß, betrieb oder leitete die Gesellschaft (ohne von der Gesellschaft geleitete aber nicht konsolidierte Kliniken in den USA) 2.448 Kliniken im Vergleich zu 2.297 Kliniken am 31. März 2008. Im 1. Quartal 2009 übernahm die Gesellschaft 29 Kliniken, eröffnete 32 Kliniken und schloss oder verkaufte 1 Klinik. Die Anzahl der behandelten Patienten in Kliniken, die die Gesellschaft besitzt, betreibt oder leitet (ohne von der Gesellschaft geleitete aber nicht konsolidierte Kliniken in den USA), stieg um 6% von 177.059 am 31. März 2008 auf 187.476 am 31. März 2009. Einschließlich der 31 Kliniken, die die Gesellschaft in den USA leitet aber nicht konsolidiert, betrug die Gesamtanzahl der Patienten 189.118.

Die Umsätze stiegen im 1. Quartal 2009 gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2008 um 17% (8% zu konstanten Wechselkursen) aufgrund des Umsatzwachstums bei den Dialysesdienstleistungen und bei den Dialyseprodukten.

Der Umsatz aus Dialysesdienstleistungen erhöhte sich im 1. Quartal 2009 um 20% auf 1.476 Mio. € (7% zu konstanten Wechselkursen). Der Anstieg zu konstanten Wechselkursen ist hauptsächlich zurückzuführen auf den Anstieg des organischen Behandlungswachstums (4%) und höhere Erlöse je Behandlung (4%), teilweise ausgeglichen durch einen fehlenden Behandlungstag (1%).

Der Umsatz aus Dialyseprodukten stieg im gleichen Zeitraum um 10% auf 489 Mio. € (ein Anstieg um 8% zu konstanten Wechselkursen). Der Anstieg ist hauptsächlich zurückzuführen auf Arzneimittelumsätze, insbesondere aus den neu lizenzierten, intravenös zu verabreichenden Eisenpräparaten, einen gestiegenen Absatz von Dialysegeräten sowie den Absatz von Produkten für die Akutdialyse sowie extrakorporale Therapien, teilweise ausgeglichen durch den Rückgang der Umsätze mit dem Phosphat-Binder PhosLo[®] nach der Einführung eines PhosLo[®] Generikas durch einen Wettbewerber in den USA im Oktober 2008.

Die Verringerung der Bruttoergebnismarge ergab sich aus der gesunkenen Bruttoergebnismarge im Segment Nordamerika, teilweise ausgeglichen durch die Steigerung der Bruttoergebnismarge im Segment International. Nordamerika wurde beeinflusst durch höhere Personalkosten und Preissteigerungen bei Heparin und anderen Medikamenten, teilweise ausgeglichen durch gestiegene Umsätze mit privaten Versicherern und einem verbesserten Absatz des neu lizenzierten, intravenös zu verabreichenden Eisenpräparats. Im Segment International wirkte sich eine im Verlauf des Quartals vorgenommene Anpassung der Vorräte positiv aus, teilweise ausgeglichen durch ungünstige Währungseffekte im Zusammenhang mit dem Einkauf von in Europa und Japan hergestellten Produkten aufgrund der Aufwertung des Euro und des Yen gegenüber den lokalen Währungen. Des Weiteren wirkte sich ein Margen-Mix-Effekt aufgrund des verstärkten Wachstums im Geschäftszweig Dialyседienstleistungen, der geringere durchschnittliche Margen aufweist, auf die Bruttoergebnismarge aus.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten stiegen von 299 Mio. € im 1. Quartal 2008 auf 340 Mio. € im gleichen Zeitraum 2009. Die Vertriebs- und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent vom Umsatz sanken von 17,8% im 1. Quartal 2008 auf 17,3% im gleichen Zeitraum 2009. Die Verringerung des Prozentsatzes wurde getragen von Ausgabensenkungen im Segment International und in den Zentralbereichen, teilweise ausgeglichen durch eine leichte Erhöhung im Segment Nordamerika. Sowohl das Segment International als auch die Zentralbereiche profitierten von günstigen Wechselkursentwicklungen. In Nordamerika wirkten sich hauptsächlich höhere Personalkosten in 2009 und ein einmaliger positiver Effekt eines Gewinns aus der Veräußerung von Minderheitenanteilen an Kliniken im US-Bundesstaat Arizona in 2008 aus, teilweise ausgeglichen durch in 2009 gestiegene Umsätze mit privaten Versicherern. Die Aufwendungen für Wertberichtigungen auf Forderungen betragen im 1. Quartal 2009 40,7 Mio. € gegenüber 32,8 Mio. € in 2008, entsprechend 2,1% vom Umsatz im 1. Quartal 2009 und 2,0% für den gleichen Zeitraum 2008.

Die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen erhöhten sich im 1. Quartal 2009 auf 18 Mio. € von 13 Mio. € im gleichen Zeitraum 2008 hauptsächlich aufgrund der weiteren Entwicklung von Hämodialysegeräten, der Durchführung von Feldtests mit neu entwickelten Produkten sowie zusätzlicher Forschungsprojekte im Bereich extrakorporale Therapien.

Das operative Ergebnis stieg von 262 Mio. € im 1. Quartal 2008 auf 305 Mio. € im gleichen Zeitraum 2009. In Prozent vom Umsatz („operative Marge“) sank es leicht von 15,6% im 1. Quartal 2008 auf 15,5% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2008 aufgrund der Verringerung der Bruttoergebnismarge sowie der gestiegenen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, teilweise ausgeglichen durch die gesunkenen Vertriebskosten und allgemeinen Verwaltungskosten, jeweils in Prozent vom Umsatz wie vorstehend beschrieben.

Der Zinsaufwand stieg leicht um 2% von 59 Mio. € für das 1. Quartal 2008 auf 60 Mio. € für das 1. Quartal 2009. Zu Konstanten Wechselkursen sank der Zinsaufwand, hauptsächlich aufgrund gesunkener kurzfristiger Zinssätze.

Die Ertragsteuern stiegen auf 89 Mio. € im 1. Quartal 2009 von 78 Mio. € für das 1. Quartal 2008. Der Anstieg resultierte aus einem Anstieg der Ergebnisse. Der effektive Steuersatz für das 1. Quartal 2009 verringerte sich auf 36,4% von 37,7% für das 1. Quartal 2008.

Das Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt) für das 1. Quartal 2009, erhöhte sich auf 152 Mio. € von 125 Mio. € für den gleichen Zeitraum 2008. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Effekte der oben angeführten Ursachen zurückzuführen.

Die Gesellschaft beschäftigte 65.670 Mitarbeiter (ermittelt auf Vollzeitbeschäftigungsbasis) zum 31. März 2009 im Vergleich zu 64.666 Mitarbeiter zum 31. Dezember 2008, ein Anstieg von 1,6%. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem allgemeinen Wachstum der Geschäftsbereiche der Gesellschaft.

Wesentliche Ergebnisanpassungen zwischen US-GAAP und IFRS

Umsatzerlöse

Der Rückgang der Anpassungen zwischen US-GAAP und IFRS im Umsatz von 4 Mio. € auf 0 Mio. € ist auf die Einstellung der Verkäufe von Versicherungsverträgen an Rückversicherer zurückzuführen, die nach IFRS im Gegensatz zu US-GAAP im Umsatz ausgewiesen werden.

Operatives Ergebnis

Die wesentlichen Unterschiede zwischen IFRS und US-GAAP resultieren zum einen aus der unterschiedlichen Bilanzierung der Gewinne aus Sale and Leaseback-Transaktionen, die eine Operating-Lease Vereinbarung beinhalten, und zum anderen aus der unterschiedlichen Behandlung der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste für Pensionen.

Im 1. Quartal 2008 beliefen sich die Anpassungen zwischen US-GAAP und IFRS im operativen Ergebnis auf 3 Mio. €, im 1. Quartal 2009 betragen sie 1 Mio. €.

Die folgenden Erörterungen beziehen sich auf die operativen Segmente der Gesellschaft und auf die Kenngrößen, welche die Gesellschaft zur Führung dieser Segmente zu Grunde legt.

Segment Nordamerika

Zentrale Indikatoren für das Segment Nordamerika

	1. Quartal, 2009	1. Quartal, 2008	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	4.744.551	4.647.996	2%	
Organisches Behandlungswachstum in %	3,2%	2,7%		
Umsatz in Mio. €	1.362	1.113	22%	6%
Abschreibungen in Mio. €	49	37	32%	15%
Operatives Ergebnis in Mio. €	209	182	15%	0%
Operative Marge in %	15,3%	16,4%		

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2009 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2008 um 2% an, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (3%), teilweise ausgeglichen durch einen fehlenden Behandlungstag (1%). Zum 31. März 2009 wurden 127.121 Patienten (4% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum) in den 1.714 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment Nordamerika besitzt oder betreibt, verglichen mit 122.691 behandelten Patienten in 1.640 Kliniken zum 31. März 2008. Der Durchschnittserlös je Behandlung zu konstanten Wechselkursen in Nordamerika betrug im 1. Quartal 2009 221 € und

215 € für den gleichen Zeitraum 2008. In den USA betrug der Durchschnittserlös je Behandlung zu konstanten Wechselkursen 225 € für das 1. Quartal 2009 und 217 € für den gleichen Zeitraum 2008, hauptsächlich als Folge gestiegener Umsätze mit privaten Versicherern und in geringerem Umfang aufgrund von höheren Verabreichungsmengen von EPO.

Der Umsatz des Segments Nordamerika stieg im 1. Quartal 2009 aufgrund eines Anstiegs der Umsätze im Geschäftszweig Dialyседienstleistungen um 21% (5% zu konstanten Wechselkursen) auf 1.210 Mio. € von 997 Mio. € für den gleichen Zeitraum 2008 und der Umsätze mit Dialyseprodukten um 31% (14% zu konstanten Wechselkursen) auf 151 Mio. US-\$ von 115 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008.

Der Anstieg der Umsätze aus Dialyседienstleistungen zu konstanten Wechselkursen wurde durch ein organisches Behandlungswachstum von 3% und gestiegene Durchschnittserlöse je Behandlung (3%) getragen, teilweise ausgeglichen durch einen fehlenden Behandlungstag (1%). Die Verabreichung von EPO betrug im 1. Quartal 2009 und 2008 ca. 20% der Gesamtumsätze aus Dialyседienstleistungen im Segment Nordamerika.

Die Erhöhung der Produktumsätze zu konstanten Wechselkursen wurde hauptsächlich getragen durch ein stärkeres Absatzvolumen des neu lizenzierten, intravenös zu verabreichenden Eisenpräparats, teilweise ausgeglichen durch geringere PhosLo[®]-Umsätze in Folge der Einführung eines PhosLo[®] Generikas durch einen Wettbewerber im Oktober 2008. Ebenfalls verbesserte sich das Absatzvolumen bei Dialysegeräten im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahr.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis stieg auf 209 Mio. € im 1. Quartal 2009 von 182 Mio. € im 1. Quartal 2008. Die operative Marge sank auf 15,3% im 1. Quartal 2009 im Vergleich zu 16,4% im gleichen Zeitraum 2008, vorwiegend aufgrund höherer Personalkosten und Preissteigerungen bei Heparin und anderen Medikamenten, teilweise ausgeglichen durch gestiegene Umsätze mit privaten Versicherern. Zusätzlich wirkte sich der einmalige Effekt eines Gewinns aus der Veräußerung von Minderheitenanteilen an Kliniken im US-Bundesstaat Arizona positiv auf die Marge für 2008 aus. Die Kosten je Behandlung stiegen zu konstanten Wechselkursen im 1. Quartal 2009 auf 188 € von 181 € im gleichen Zeitraum 2008.

Segment International

Zentrale Indikatoren für das Segment International

	1. Quartal, 2009	1. Quartal, 2008	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	2.296.623	2.075.783	11%	
Organisches Behandlungswachstum in %	7,3%	7,1%		
Umsatz in Mio. €	603	563	7%	11%
Abschreibungen in Mio. €	31	27	14%	16%
Operatives Ergebnis in Mio. €	113	95	18%	18%
Operative Marge in %	18,7%	17,0%		

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2009 um 11% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2008, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (7%) und Akquisitionen (5%), teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Zum 31. März 2009 wurden 60.355 Patienten (11% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum) in den 734 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment International besitzt, betreibt oder leitet, verglichen mit 54.368 behandelten Patienten in 657 Kliniken zum 31. März 2008. Der Durchschnittserlös je Behandlung erhöhten sich von 112 € auf 116 € infolge gestiegene Erstattungssätze und Änderungen im Ländermix (8 €), teilweise ausgeglichen durch die Abwertung lokaler Währungen gegenüber dem Euro (4 €).

Der Umsatzanstieg des Segments International für das 1. Quartal 2009 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2008 resultierte aus gestiegenen Umsätzen sowohl bei Dialyседienstleistungen als auch bei Dialyseprodukten. Das organische Wachstum betrug in diesem Quartal 10% und Akquisitionen trugen etwa 1% bei.

Einschließlich der Akquisitionseffekte stieg der Umsatz in der Region Europa um 5% (10% zu konstanten Wechselkursen), in der Region Lateinamerika um 14% (ein Anstieg von 21% zu konstanten Wechselkursen) und in der Region Asien-Pazifik um 9% (ein Anstieg von 5% zu konstanten Wechselkursen).

Im Segment International stieg der Gesamtumsatz aus Dialyседienstleistungen im Verlauf des 1. Quartals 2009 um 14% (ein Anstieg um 18% zu konstanten Wechselkursen) auf 266 Mio. € von 233 Mio. € für den gleichen Zeitraum 2008. Der Anstieg zu konstanten Wechselkursen ist hauptsächlich eine Folge des organischen Behandlungswachstums von 7% und eines Zuwachses aufgrund von Akquisitionen in Höhe von 4%. Ein Anstieg der Erlöse je Behandlung trug 10% bei. Negativ wirkten sich Klinikverkäufe und -schließungen (2%) sowie fehlenden Behandlungstage (1%) aus.

Der Gesamtumsatz aus dem Vertrieb von Dialyseprodukten stieg im 1. Quartal 2009 um 2% (ein Anstieg um 6% zu konstanten Wechselkursen) auf 337 Mio. €. Dieser Anstieg war hauptsächlich durch einen Anstieg des Arzneimittelabsatzes und des Absatzes von Produkten für die Akutdialyse sowie extrakorporale Therapien.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis verbesserte sich um 18% auf 113 Mio. €. Die operative Marge stieg auf 18,7% für das 1. Quartal 2009 von 17,0% für den gleichen Zeitraum 2008 aufgrund einer Anpassung der Vorräte mit einer entsprechenden Verringerung der Umsatzkosten im 1. Quartal 2009 sowie geringerer Fremdwährungsverluste. Diese positiven Auswirkungen wurden teilweise ausgeglichen durch einen geringeren Produktabsatz in Osteuropa, einen einmaligen Gewinn aus der Veräußerung eines Minderheitenanteils an einer Einrichtung in Italien im Jahr 2008 sowie Fremdwährungseffekte im Zusammenhang mit aus Japan bezogenen Produkten.

1. Quartal 2009 im Vergleich zum 1. Quartal 2008

Finanzlage

Wesentliche Quellen der Liquidität waren in der Vergangenheit Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Darlehen von Dritten und von verbundenen Unternehmen sowie aus der Ausgabe von Aktien und Anleihen. Die Gesellschaft benötigt diese Liquidität vornehmlich zur Finanzierung des Nettoumlaufvermögens, zur Finanzierung von Akquisitionen und der Entwicklung von eigenständigen Dialysezentren, zur Anschaffung von Ausrüstung für bestehende oder neue Dialysezentren und Produktionsstätten, zur Rückzahlung von Finanzverbindlichkeiten und für Dividendenausschüttungen.

Zum 31. März 2009 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 152 Mio. €. Für Informationen über die Nutzung und Verfügbarkeit der Kreditvereinbarung 2006 der Gesellschaft siehe auch Anmerkung 8 „Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen“.

Laufende Geschäftstätigkeit

In den 1. Quartalen 2009 bzw. 2008 hat die Gesellschaft Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 119 Mio. € bzw. 128 Mio. € generiert. Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden beeinflusst durch die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft, durch die Entwicklung ihres Nettoumlaufvermögens, insbesondere des Forderungsbestands, und Zahlungsabflüsse aufgrund verschiedener Einzelsachverhalte.

Die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft hängt wesentlich von den Erstattungssätzen ab. Etwa 75% der Umsätze der Gesellschaft entfallen auf Dialysebehandlungen, wobei ein erheblicher Anteil entweder von staatlichen Gesundheitsorganisationen oder von privaten Versicherungsgesellschaften erstattet wird. Im 1. Quartal 2009 resultierten etwa 34% des Konzernumsatzes aus den Erstattungen von staatlichen US-Gesundheitsprogrammen wie Medicare und Medicaid. Gesetzesänderungen können alle Medicare-Erstattungssätze für die von der Gesellschaft erbrachten Dienstleistungen wie auch den Umfang der Medicare-Leistungen betreffen. Eine Senkung der Erstattungssätze oder eine Verringerung des Leistungsumfangs könnte wesentliche negative Auswirkungen auf das Geschäft, die Finanzlage und das operative Ergebnis der Gesellschaft haben und damit auf die Fähigkeit der Gesellschaft, Zahlungsmittelzuflüsse zu erzeugen. In der Vergangenheit erlebte die Gesellschaft im Allgemeinen stabile Erstattungen für ihre Dialysebehandlungen, und sie erwartet diese auch in der Zukunft. Das beinhaltet den Ausgleich von ungünstigen Änderungen der Erstattungssätze in gewissen Ländern durch günstige Änderungen in anderen Ländern. Der Abschnitt „Überblick“ enthält eine Darstellung von neuen Änderungen in Medicare-

Erstattungssätzen, einschließlich der Vorschriften zur Implementierung eines gebündelten Erstattungssystems zum 1. Januar 2011.

Des Weiteren hängen die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit von der Einziehung der Forderungen ab. Das Nettoumlaufvermögen betrug zum 31. März 2009 698 Mio. €, ein Anstieg gegenüber 554 Mio. € am 31. Dezember 2008. Ursache waren hauptsächlich die leicht gestiegenen Vorratsbestände sowie geringere kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, Rückstellungen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten. Das Verhältnis von kurzfristigen Vermögenswerten zu kurzfristigen Verbindlichkeiten betrug 1,3. Die Gesellschaft könnte bei der Durchsetzung und Einziehung der Forderungen auf Schwierigkeiten mit den Rechtssystemen einiger Länder stoßen. Einige Kunden und staatliche Einrichtungen können längere Forderungslaufzeiten haben. Eine Verlängerung der Forderungslaufzeiten könnte einen wesentlichen negativen Effekt auf die Fähigkeit der Gesellschaft zur Generierung von Mittelzuflüssen haben. Der Forderungsbestand zum 31. März 2009 bzw. 31. Dezember 2008 entsprach nach Wertberichtigungen etwa 75 bzw. 77 Nettotagesumsätzen. Der Rückgang im Segment Nordamerika ist hauptsächlich zurückzuführen auf den Eingang von Teilen der Außenstände im Dialyседienstleistungsgeschäft im Rahmen der Lösung von Problemen bei der Einführung einer neuen Identifikationsnummer für Anbieter von Dienstleistungen im Gesundheitswesen durch Medicare und Medicaid. Die Erhöhung im Segment International spiegelt im Wesentlichen leichte durchschnittliche Zahlungsverzögerungen bei staatlichen und privaten Stellen wider, die von der aktuellen weltweiten Finanzmarktkrise betroffen sind. Da die Gesellschaft einen Großteil ihrer Erstattungen von staatlichen Gesundheitsorganisationen und privaten Versicherungsgesellschaften erhält, geht sie davon aus, dass die meisten ihrer Forderungen einbringlich sind, wenn auch in unmittelbarer Zukunft möglicherweise etwas langsamer, insbesondere in den am stärksten von der aktuellen globalen Finanzmarktkrise betroffenen Ländern.

Die folgende Tabelle stellt eine Übersicht über die Entwicklung der Forderungslaufzeiten nach operativen Segmenten dar:

Entwicklung der Forderungslaufzeiten

	<u>31. März 2009</u>	<u>31. Dezember 2008</u>
Nordamerika	59	60
International	109	107
Gesamt	<u>75</u>	<u>77</u>

Zins- und Ertragsteuerzahlungen haben ebenfalls einen wesentlichen Einfluss auf die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Die Gesellschaft hat mehrere steuerliche und andere Sachverhalte identifiziert, die ihre Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in unmittelbarer Zukunft wie folgt beeinflussen werden oder beeinflussen könnten:

Die Gesellschaft hat im Steuerjahr 1997 eine Abschreibung auf eine ihrer Tochtergesellschaften vorgenommen, die die deutschen Steuerbehörden im Rahmen ihrer 2003 abgeschlossenen steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 1996 und 1997 nicht anerkannt haben. Die Gesellschaft stimmt mit dieser Entscheidung nicht überein und geht davon aus, dass ihre Argumente Gültigkeit haben. Daher hat sie beim zuständigen deutschen Finanzgericht Klage gegen diese Entscheidung der Finanzbehörden erhoben. Ein nachteiliger Ausgang dieser Rechtsstreitigkeit könnte erhebliche negative Auswirkungen auf das operative Ergebnis der Gesellschaft für den entsprechenden Berichtszeitraum haben. Die Gesellschaft hat für diesen Sachverhalt eine Verbindlichkeit gegenüber der Fresenius SE ausgewiesen (siehe Anmerkung 5,

„Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen“ im Konzernabschluss 2008 der Gesellschaft gemäß § 315 HGB).

Die Gesellschaft hat gegen die Versagung der Abzugsfähigkeit der von der Fresenius Medical Care Holdings, Inc. („FMCH“) in den Steuererklärungen für Vorjahre der FMCH geltend gemachten zivilrechtlichen Vergleichszahlungen durch den Internal Revenue Service („IRS“) Anträge auf Erstattung eingereicht. Die Gesellschaft hat mit dem IRS eine Vergleichsvereinbarung abgeschlossen, mit der der Einspruch der Gesellschaft gegen die Versagung der Abzugsfähigkeit von zivilrechtlichen Vergleichszahlungen, die im Zusammenhang mit dem Abschluss der Untersuchungen der US-amerikanischen Behörden im Jahre 2000 an Initiatoren einer Klage nach dem Qui-tam-Verfahren geleistet wurden, beigelegt wird. Aufgrund dieser Vergleichsvereinbarung erhielt die Gesellschaft im September 2008 eine Erstattung in Höhe von 37 Mio. US-\$ (25 Mio. €) inklusive Zinsen. Mit dem Vergleich bleibt der Gesellschaft das Recht vorbehalten, vor den US-amerikanischen Bundesgerichten weiterhin das Ziel einer Erstattung für alle anderen versagten Abzüge zu verfolgen.

Die steuerliche Betriebsprüfung der FMCH durch den IRS für die Jahre 2002 bis 2004 ist abgeschlossen worden. Mit Ausnahme der Nichtanerkennung der Abzugsfähigkeit der in dem Prüfungszeitraum für konzerninternes genussrechtsähnliches Kapital gezahlten Vergütungen handelt es sich um routinemäßige Anpassungen, die im Konzernabschluss berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft hat gegen die Nichtanerkennung der Abzüge und einige der anderen Anpassungen Einspruch eingelegt und wird alle Rechtsmittel nutzen. Ein nachteiliger Ausgang dieser Rechtsstreitigkeit könnte erhebliche negative Auswirkungen auf das operative Ergebnis und die Liquidität haben.

Die Gesellschaft unterliegt derzeit steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland sowie in weiteren Ländern. Die Gesellschaft hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen, einschließlich der vorstehend beschriebenen, Mitteilungen über nachteilige Anpassungen und Nichtanerkennungen erhalten. Die Gesellschaft hat unter anderem Einsprüche gegen diese Festsetzungen eingelegt. Wenn die Einwände und Einsprüche der Gesellschaft nicht erfolgreich sein sollten, könnte die Gesellschaft gezwungen sein, zusätzliche Steuerzahlungen zu leisten, einschließlich Zahlungen an bundesstaatliche Behörden, die das Ergebnis der Anpassungen unserer Bundes-Steuererklärungen in den USA sind. Im Hinblick auf andere mögliche Anpassungen und Versagungen in steuerlichen Angelegenheiten, die gegenwärtig untersucht werden oder für die nur vorläufige Vereinbarungen getroffen wurden, wird nicht erwartet, dass eine nachteilige Entscheidung wesentliche Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft haben würde. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, den Zeitpunkt für diese potentiellen Steuernachzahlungen zu bestimmen.

Am 2. April 2001 beantragten die W.R. Grace & Co. und einige ihrer Tochtergesellschaften die Reorganisation nach Chapter 11 des US-amerikanischen Konkursrechts (das „Grace Chapter 11 - Insolvenzverfahren“). Die Vergleichsvereinbarung mit den Asbest-Gläubigerausschüssen im Namen der W.R. Grace & Co.-Konkursmasse (siehe „Anmerkungen zum Konzernabschluss – Anmerkung 12 – Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten“ in diesem Bericht) sieht nach der stattgefundenen Genehmigung der Vergleichsvereinbarung durch das US-Bezirksgericht und der den Vergleich einschließenden Bestätigung des Sanierungsplans der W.R. Grace eine von der Gesellschaft zu leistende Zahlung in Höhe von 115 Mio. US-\$ (88 Mio.€) vor. Die Rückstellung, die im Jahr 2001 zur Abdeckung der Verpflichtungen der Gesellschaft aus mit dem Zusammenschluss von 1996 verbundenen Rechtsangelegenheiten gebucht wurde, beinhaltet die Zahlung von 115 Mio. US-\$ (86 Mio.€). Die Zahlungsverpflichtung ist unverzinslich.

Sollten alle potentiellen Steuernachzahlungen und die Vergleichszahlung für das Grace Chapter 11-Verfahren gleichzeitig fällig werden, könnte sich dies in der entsprechenden Berichtsperiode

wesentlich negativ auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit auswirken. Die Gesellschaft erwartet jedoch, dass die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und, wenn notwendig, die verfügbare Liquidität zur Erfüllung aller derartigen Verpflichtungen bei deren Fälligkeit ausreichen.

Investitionstätigkeit

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit der Gesellschaft im 1. Quartal 2009 bzw. im 1. Quartal 2008 betragen 112 Mio. € bzw. 124 Mio. €.

Die Investitionen in Sachanlagen betragen nach Abzug von Einnahmen aus Abgängen 85 Mio. € für das 1. Quartal 2009 und 103 Mio. € für das 1. Quartal 2008. Im 1. Quartal 2009 betragen die Investitionen in Sachanlagen 54 Mio. € im Segment Nordamerika und 31 Mio. € im Segment International. Die Investitionen in Sachanlagen im gleichen Zeitraum 2008 betragen 68 Mio. € im Segment Nordamerika und 35 Mio. € im Segment International. Der größte Teil der Investitionsausgaben wurde für die Instandhaltung bestehender Kliniken, die Ausrüstung neuer Kliniken, die Instandhaltung und den Ausbau der Produktionskapazitäten, vorwiegend in Nordamerika und Deutschland sowie für die Aktivierung von Geräten, die Kunden, vorwiegend im Segment International, zur Verfügung gestellt wurden, verwendet. Die Investitionen in Sachanlagen machten 2009 bzw. 2008 etwa 4% bzw. 6% des Gesamtumsatzes aus.

Für Akquisitionen, die vornehmlich aus Dialysekliniken und Lizenzvereinbarungen bestanden, investierte die Gesellschaft im 1. Quartal 2009 Mittel in Höhe von etwa 28 Mio. € (5 Mio. € im Segment Nordamerika, 23 Mio. € im Segment International), im Vergleich zu etwa 48 Mio. € (41 Mio. € im Segment Nordamerika und 7 Mio. € im Segment International) im gleichen Zeitraum 2008. Des Weiteren verzeichnete die Gesellschaft im 1. Quartal 2009 bzw. 2008 Einzahlungen von 1 Mio. € bzw. 26 Mio. € im Zusammenhang mit Veräußerungen.

Für 2009 sind Investitionen in Sachanlagen in Höhe von etwa 550 Mio. US-\$ bis 650 Mio. US-\$ sowie Akquisitionen im Umfang von etwa 200 Mio. US-\$ bis 300 Mio. US-\$ vorgesehen.

Finanzierungstätigkeit

Aus der Finanzierungstätigkeit ergaben sich im 1. Quartal 2009 Mittelabflüsse in Höhe von 18 Mio. € verglichen mit 29 Mio. € im 1. Quartal 2008.

Im 1. Quartal 2009 wurden die Mittel hauptsächlich für die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten verwendet. Im 1. Quartal 2008 wurden die Mittel hauptsächlich verwendet für die Rückzahlung der genussscheinähnlichen Wertpapiere, teilweise ausgeglichen durch Erlöse aus dem Forderungsverkaufsprogramm und anderen bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten.

Für Informationen zu der Kreditvereinbarung 2006, der Kreditvereinbarungen mit der EIB, den Euro-Schuldscheindarlehen, der vorrangigen Anleihe und der Schuldverschreibungen im Zusammenhang mit den genussscheinähnlichen Wertpapieren der Gesellschaft siehe auch Anmerkung 13 „Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen“ sowie Anmerkung 16 „Genussscheinähnliche Wertpapiere“ des Konzernanhangs im Konzernabschluss 2008 der Gesellschaft gemäß § 315 a HGB. Zur Besicherung der Verbindlichkeiten aus der Kreditvereinbarung 2006 sind die Anteile am Stammkapital wesentlicher Tochtergesellschaften, darunter die Anteile an FMCH und D-GmbH, an die Gläubiger verpfändet worden. Die Kreditvereinbarung 2006, die Kreditvereinbarungen mit der EIB, die Euro-Schuldscheindarlehen, die vorrangige Anleihe und die Schuldverschreibungen der Gesellschaft im Zusammenhang mit den genussscheinähnlichen Wertpapieren enthalten Verpflichtungen, die der Gesellschaft die Einhaltung bestimmter

finanzieller Kennzahlen und anderer finanzieller Kriterien vorschreiben. Die Kreditvereinbarung 2006 verpflichtet die Gesellschaft zur Einhaltung eines bestimmten konsolidierten Fixkostendeckungsgrads (Verhältnis des konsolidierten EBITDAR (Summe aus EBITDA und Mietaufwendungen für Leasingverträge) zu konzernbezogenen fixen Kosten gemäß der Definition in der Kreditvereinbarung 2006) sowie eines maximalen Konzern-Verschuldungsgrads (Verhältnis der Finanzverbindlichkeiten zum EBITDA entsprechend der Festlegung in der Kreditvereinbarung 2006). Weitere Verpflichtungen in einem oder mehreren der genannten Verträge beschränken die Möglichkeiten der Gesellschaft zur Veräußerung von Vermögensgegenständen, zur Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten sowie zur Zahlung von Dividenden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft Beschränkungen in Bezug auf bestimmte Zahlungen, die Gewährung von Sicherungsrechten sowie in Bezug auf den Abschluss von Sale- und-Leaseback-Transaktionen unterworfen.

Die Verletzung der Verpflichtungen aus einem der Verträge für unsere langfristigen Verbindlichkeiten wie z.B. der Kreditvereinbarung 2006, der Kreditvereinbarungen mit der EIB, des Euro-Schuldscheindarlehens, der vorrangigen Anleihe oder der genussscheinähnlichen Wertpapiere könnte wiederum zu weiteren Kündigungsgründen in einem oder mehreren anderen Finanzierungsverträgen der Gesellschaft führen. Bei Vertragsverletzung kann der ausstehende Saldo der Kreditvereinbarung 2006 auf Verlangen der Gläubiger dieser Kredite fällig gestellt werden. In diesem Fall wäre es - aufgrund von sogenannten „Cross-Default“ Klauseln - auch anderen Gläubigern der Gesellschaft gestattet, ihre Darlehen vorzeitig fällig zu stellen. Zum 31. März 2009 hat die Gesellschaft alle in der Kreditvereinbarung 2006 und sonstigen Kreditvereinbarungen festgelegten Verpflichtungen erfüllt.

Obwohl die Gesellschaft gegen die weltweite Finanzmarktkrise nicht immun ist, geht sie davon aus, dass sie sich in einer soliden finanziellen Lage befindet, die es ihr erlauben wird, ihr Geschäft kontinuierlich auszuweiten und gleichzeitig ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Das Geschäft der Gesellschaft ist im Allgemeinen nicht zyklisch. Ein wesentlicher Anteil ihrer Forderungen besteht gegenüber staatlichen Stellen. Obwohl Zahlungsmoral und Einzugspraktiken nicht nur zwischen einzelnen Ländern, sondern auch zwischen einzelnen Behörden eines Landes variieren, stellen staatliche Gläubiger meist ein verhältnismäßig geringes Risiko dar. Die revolvingende Kreditlinie im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006 der Gesellschaft wird von 60 Darlehensgebern bereitgestellt, von denen keiner mehr als 4% der revolvingenden Darlehen aus der Kreditvereinbarung 2006 trägt. Obwohl eine der 60 an dieser revolvingenden Fazilität partizipierenden Banken im 4. Quartal 2008 ihrer Verpflichtung zur Bereitstellung von Mitteln nicht nachgekommen ist, erwartet die Gesellschaft keine wesentlichen Probleme im Zusammenhang mit der Mittelverfügbarkeit bei der Inanspruchnahme dieser Kreditfazilität. Da die Gesellschaft den Betrag, der durch diesen Kreditgeber zur Verfügung gestellt werden sollte, als nicht wesentlich erachtet, wurden keine Maßnahmen zur Änderung der Kreditvereinbarung 2006 eingeleitet, um die vertragsbrüchige Bank zu ersetzen. Ein begrenzter Zugang zu Kapital oder steigende Finanzierungskosten könnten es den Kunden der Gesellschaft jedoch erschweren, Geschäfte mit der Gesellschaft und im Allgemeinen zu tätigen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft kann hierdurch erheblich beeinträchtigt werden. Sofern sich die aktuelle Lage auf den Finanz- und Kreditmärkten nicht ändert, könnten sich die Finanzierungskosten der Gesellschaft erhöhen und sich die finanzielle Flexibilität der Gesellschaft einschränken.

Im Rahmen der ergebnisorientierten Ausschüttungspolitik der Gesellschaft hat der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Hauptversammlung am 7. Mai 2009 eine im Jahr 2009 zu zahlende Dividende für das Geschäftsjahr 2008 von 0,58 € je Stammaktie (2008 für 2007 gezahlt: 0,54 €) und von 0,60 € je Vorzugsaktie (2008 für 2007 gezahlt: 0,56 €) vorgeschlagen. Die Dividendenzahlung liegt insgesamt bei etwa 173 Mio. € im Vergleich zu 160 Mio. €, die 2008 für 2007 gezahlt wurden. Die Kreditvereinbarung 2006 beschränkt die Dividendenausschüttung und bestimmte andere Zahlungen der Gesellschaft für den Erwerb

eigener Aktien (und Rechte, diese zu erwerben, wie Optionen oder Bezugsrechte) im Jahr 2009 auf insgesamt 280 Mio. US-\$ (210 Mio. €).

Die Muttergesellschaft der persönlich haftenden Gesellschafterin der Gesellschaft, die Fresenius SE, erbringt aufgrund vertraglicher Vereinbarungen für die Gesellschaft Dienstleistungen im Bereich Treasury Management. Dadurch wird mit Hilfe eines effektiven Cash-Managements sowie einer vorausschauenden Evaluierung von Refinanzierungsalternativen zur Steuerung der Liquidität der Gesellschaft beigetragen. Mit den nur teilweise genutzten Kreditlinien sowie ihrem Forderungsverkaufsprogramm verfügt die Gesellschaft über ausreichende finanzielle Ressourcen, die sie beabsichtigt, in den kommenden Jahren beizubehalten. Hierbei wird eine Zielgröße von zugesicherten und nicht genutzten Kreditfazilitäten von mindestens 300 Mio. US-\$ bis 500 Mio. US-\$ angestrebt.

Die Finanzierungsaktivitäten der Gesellschaft werden in den nächsten Jahren auch darauf ausgerichtet sein, nachrangige Finanzierungsinstrumente zu reduzieren. So wurden die im Februar 2008 fällig gewordenen nachrangigen genussscheinähnlichen Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III nicht durch die Ausgabe neuer nachrangiger Wertpapiere refinanziert, sondern durch die Nutzung bestehender erstrangiger Kreditfazilitäten. Im Hinblick auf fällig werdende langfristige Verbindlichkeiten beabsichtigt die Gesellschaft, diese Verbindlichkeiten ausschließlich mit erstrangigen und nicht besicherten Finanzverbindlichkeiten zu refinanzieren.

Der Refinanzierungsbedarf der Gesellschaft in den Jahren 2009 und 2010 beschränkt sich auf die Refinanzierung der Euro-Schuldscheindarlehen in Höhe von 266 Mio. US-\$ (200 Mio. €) im Juli 2009 sowie die jährliche Verlängerung des Forderungsverkaufsprogramms in Höhe von 550 Mio. US-\$ (413 Mio. €). Am 27. April 2009 hat die Gesellschaft neue Schuldscheindarlehen in Höhe von 200 Mio. € begeben, um die am 27. Juli 2009 fällig werdenden Schuldscheindarlehen in gleicher Höhe vorzeitig zu refinanzieren. Die neuen vorrangigen und unbesicherten Schuldscheindarlehen werden von FMCH und der FMC D-GmbH garantiert. Die Schuldscheindarlehen bestehen aus 4 Tranchen mit Laufzeiten von 3,5 und 5,5 Jahren und fest- und variabelverzinslichen Tranchen. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt anfänglich 6,95%. Die Erlöse aus der Begebung wurden in Höhe von 69,5 Mio. € zur freiwilligen vorzeitigen teilweisen Tilgung der bestehenden Darlehen verwendet. Die restlichen Erlöse werden zur planmäßigen Tilgung der bestehenden Schuldscheindarlehen im Juli 2009 verwendet.

Die Dividendenausschüttung von etwa 173 Mio. € im Mai 2009 und die erwartete Dividendenzahlung im Jahr 2010 können falls erforderlich aus den Mittelzuflüssen der Gesellschaft und aus bestehenden Kreditfazilitäten bzw. sonstigen Finanzierungstätigkeiten abgedeckt werden. Die Verpflichtungen aus den Finanzierungsverträgen der Gesellschaft räumen ausreichend Flexibilität zur Deckung des Finanzierungsbedarfs der Gesellschaft ein. Generell geht die Gesellschaft davon aus, dass sie auch künftig über eine angemessene Finanzierung verfügen wird, um ihre Ziele zu erreichen und ihr Wachstum begleiten zu können.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31. März 2009 stieg von 10,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2008 auf 11,2 Mrd. € zum 31. März 2009. Die kurzfristigen Vermögenswerte betragen zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 27%. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, stieg von 41% am 31. Dezember 2008 auf 42% am 31. März 2009.

Chancen- und Risikobericht

Chancenbericht

Im 1. Quartal 2009 haben sich im Vergleich zu den in dem Konzernabschluss und -lagebericht der Gesellschaft gemäß § 315a HGB zum 31. Dezember 2008 unter dem Abschnitt „Ausblick und Chancen der zukünftigen Entwicklung“ auf Seite 26 – 29 des Konzernlageberichts veröffentlichten Informationen keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Risikobericht

Informationen zu den Risiken der Gesellschaft sind in Anmerkung 12 „Rechtliche Verfahren“ sowie im Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unter den Abschnitten „Zukunftsbezogene Aussagen“ und „Überblick“ dargestellt. Für weitere Informationen kann der Abschnitt „Risiken der zukünftigen Entwicklung“ auf Seite 19 – 25 des Konzernlageberichts in dem Konzernabschluss und -lagebericht der Gesellschaft gemäß § 315a HGB zum 31. Dezember 2008 eingesehen werden.

Bericht zu Prognosen und sonstigen Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung

Die Gesellschaft bekräftigt den Ausblick für das Gesamtjahr 2009. Die folgende Tabelle fasst den Wachstumsausblick für 2009 zusammen:

Ausblick	2009
	(in Mio. US-\$, mit Ausnahme des Verschuldungsgrads)
Umsatz	> \$11.100
Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt)	\$850 - \$890
Verschuldungsgrad	< 2,7
Investitionen	~\$550 - \$650
Akquisitionen	~\$200 - \$300

Konzernabschluss

Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. März 2009 und 2008
(ungeprüft)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie	Ziffer	2009	2008
Umsatzerlöse			
Dialyседienstleistungen		1.476.185	1.235.147
Dialyseprodukte		488.517	444.793
	14	1.964.702	1.679.940
Aufwendungen zur Erzielung der Umsatzerlöse			
Dialyседienstleistungen		1.072.076	895.133
Dialyseprodukte		229.923	211.628
		1.301.999	1.106.761
Bruttoergebnis vom Umsatz		662.703	573.179
Betriebliche Aufwendungen			
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten		339.749	298.764
Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen	2a	17.963	12.698
Operatives Ergebnis		304.991	261.717
Sonstige (Erträge) Aufwendungen			
Zinserträge		(3.280)	(3.589)
Zinsaufwendungen		60.299	58.838
Ergebnis vor Ertragsteuern		247.972	206.468
Ertragsteuern		90.172	77.902
Ergebnis nach Ertragsteuern		157.800	128.566
Anteile anderer Gesellschafter		6.188	3.925
Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt)		151.612	124.641
Ergebnis je Stammaktie	2b	0,51	0,42
Ergebnis je Stammaktie bei voller Verwässerung	2b	0,51	0,42

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften und verkürzten Konzernabschluss.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

1. Januar bis 31. März 2009 und 2008
(ungeprüft)

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Tsd. €	<u>Ziffer</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Ergebnis nach Ertragsteuern		157.800	128.566
Cash Flow Hedges		(59)	(53.540)
Währungsumrechnungsdifferenzen		136.925	(217.892)
Ertragsteuern auf Komponenten des Übrigen Comprehensive (Loss) Income		(461)	22.792
Übriges Comprehensive Income (Loss)		<u>136.405</u>	<u>(248.640)</u>
Gesamtergebnis		294.205	(120.074)
Auf andere Gesellschafter entfallendes Gesamtergebnis		<u>10.908</u>	<u>2.986</u>
Auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfallendes Gesamtergebnis		<u>283.297</u>	<u>(123.060)</u>

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften und verkürzten Konzernabschluss.

Konzern-Bilanz

zum 31. März 2009 (ungeprüft) und zum 31. Dezember 2008 (geprüft)

Konzern-Bilanz			
in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie und der Aktienstückzahl	<u>Ziffer</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Aktiva			
Kurzfristige Vermögenswerte			
Flüssige Mittel	4	152.384	159.218
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen (193.676 € in 2009 und 188.860 € in 2008)	5	1.622.834	1.563.782
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3c	118.374	126.123
Vorräte	6	581.878	508.048
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte		516.716	495.498
Summe kurzfristige Vermögenswerte		2.992.186	2.852.669
Sachanlagen		1.653.862	1.606.821
Immaterielle Vermögenswerte		645.576	622.120
Firmenwerte		5.488.235	5.254.001
Latente Steuern		298.337	290.157
Sonstige Aktiva		148.985	137.914
Summe Aktiva		11.227.181	10.763.682
Passiva			
Kurzfristige Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		254.932	263.000
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		167.451	171.907
Rückstellungen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten		986.342	984.200
Kurzfristige Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten	7	484.606	490.878
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen	3c,7	12.824	956
Kurzfristig fälliger Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen		321.926	328.767
Rückstellungen für Ertragsteuern		65.832	59.257
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten		2.293.913	2.298.965
Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen abzüglich des kurzfristig fälligen Anteils	8	2.949.671	2.815.869
Rückstellungen und sonstige Verbindlichkeiten		163.390	169.867
Pensionsrückstellungen		89.217	79.644
Rückstellungen für Ertragsteuern		129.240	123.408
Latente Steuern		384.557	357.614
Genussscheinähnliche Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trusts		467.874	460.369
Summe Verbindlichkeiten		6.477.862	6.305.736
Eigenkapital der Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA			
Vorzugsaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 12.356.880 Aktien genehmigt, 3.812.038 ausgegeben und in Umlauf		3.812	3.811
Stammaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 373.436.220 Aktien genehmigt, 293.932.036 ausgegeben und in Umlauf		293.932	293.932
Einlage zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien	9	339	-
Kapitalrücklage		3.619.405	3.607.853
Gewinnrücklagen		2.043.981	1.892.369
Kumuliertes Übriges Comprehensive Income		(1.323.663)	(1.455.348)
Summe Eigenkapital der Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA		4.637.806	4.342.617
Anteile anderer Gesellschafter		111.513	115.329
Summe Eigenkapital		4.749.319	4.457.946
Summe Passiva		11.227.181	10.763.682

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften und verkürzten Konzernabschluss.

Konzern-Kapitalflussrechnung

1. Januar bis 31. März 2009 und 2008
(ungeprüft)

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Tsd. €	Ziffer	2009	2008
Mittelzufluss (-abfluss) aus laufender Geschäftstätigkeit			
Ergebnis nach Ertragsteuern		157.800	128.566
Überleitung vom Ergebnis nach Ertragsteuern auf den Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit:			
Abschreibungen	14	81.372	65.029
Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter		4.933	2.933
Veränderung der latenten Steuern		9.046	26.358
Gewinn aus Anlagenabgängen		(161)	(9.020)
Personalaufwand aus Aktienoptionen		5.853	4.623
Veränderungen bei Aktiva und Passiva, ohne Auswirkungen aus der Veränderung des Konsolidierungskreises:			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto		(20.145)	(61.799)
Vorräte		(64.048)	(34.821)
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Vermögenswerte		(31.163)	(25.002)
Forderungen / Verbindlichkeiten gegen / gegenüber verbundenen Unternehmen		8.340	(1.478)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Rückstellungen und sonstige kurz- und langfristige Verbindlichkeiten		29.222	105.991
Veränderung der Steuerrückstellungen		77.101	45.602
Gezahlte Zinsen	15	(72.781)	(66.546)
Erhaltene Zinsen		3.280	7.575
Gezahlte Ertragsteuern	15	(69.251)	(59.530)
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		119.398	128.481
Mittelzufluss (-abfluss) aus Investitionstätigkeit			
Erwerb von Sachanlagen	14	(85.988)	(106.420)
Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen		1.018	3.770
Erwerb von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und immateriellen Vermögenswerten, netto	14, 15	(27.732)	(47.619)
Erlöse aus Desinvestitionen		705	26.140
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit		(111.997)	(124.129)
Mittelzufluss (-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen und sonstigen Finanzverbindlichkeiten		15.717	23.849
Tilgung kurzfristiger Darlehen und sonstiger Finanzverbindlichkeiten		(45.790)	(27.712)
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen		12.000	13.200
Tilgung kurzfristiger Darlehen von verbundenen Unternehmen		(161)	(7.954)
Einzahlungen aus langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen (nach Abzug von Kosten)		63.746	101.459
Tilgung von langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen		(60.100)	(3.513)
Tilgung von genussscheinähnlichen Wertpapieren		-	(455.625)
Anstieg des Forderungsverkaufsprogramms		-	328.219
Einzahlungen aus der Ausübung von Aktienoptionen		6.897	4.404
Ausschüttung entfallend auf die Anteile anderer Gesellschafter		(10.791)	(5.024)
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit		(18.482)	(28.698)
Wechselkursbedingte Veränderung der flüssigen Mittel		4.247	(2.931)
Flüssige Mittel			
Nettoverminderung der flüssigen Mittel		(6.834)	(27.277)
Flüssige Mittel am Anfang der Periode		159.218	166.218
Flüssige Mittel am Ende der Periode		152.384	138.941

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften und verkürzten Konzernabschluss.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

zum 31. März 2009 (ungeprüft) und zum 31. Dezember 2008 (geprüft)

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Anzahl der Aktien

Ziffer	Vorzugsaktien			Stammaktien			Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Übriges Comprehensive Income (Loss)	Summe Eigenkapital der Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA	Anteile anderer Gesellschafter	Summe
	Anzahl der Aktien	Einlage zur Kapitalerhöhung auf		Anzahl der Aktien	Einlage zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien							
		Betrag	Vorzugsaktien		Betrag	Stammaktien						
Stand am 31. Dezember 2007	3.778.087	3.778	-	292.786.583	292.787	-	3.563.961	1.495.483	(1.520.801)	3.835.208	71.879	3.907.087
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuerereffekte	9	3.561	4	9	-	-	151	2.864		3.028		3.028
Personalaufwand aus Aktienoptionen								4.623		4.623		4.623
Dividendenzahlungen											(5.024)	(5.024)
Erwerb (Verkauf) von Anteilen anderer Gesellschafter											8.823	8.823
Kapitaleinlage von Anteilen anderer Gesellschafter											1.075	1.075
Von anderen Gesellschaftern zu übernehmende Steuerverbindlichkeit											1.858	1.858
Gesamtergebnis												
Ergebnis nach Ertragsteuern								124.641		124.641	3.925	128.566
Übriges Comprehensive Income (Loss)									(247.701)	(247.701)	(939)	(248.640)
Gesamtergebnis										(123.060)	2.986	(120.074)
Stand am 31. März 2008	3.781.648	3.782	9	292.786.583	292.787	151	3.571.448	1.620.124	(1.768.502)	3.719.799	81.597	3.801.396
Stand am 31. Dezember 2008	3.810.540	3.811	-	293.932.036	293.932	-	3.607.853	1.892.369	(1.455.348)	4.342.617	115.329	4.457.946
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuerereffekte	9	1.498	1	0	-	-	339	5.699		6.039		6.039
Personalaufwand aus Aktienoptionen								5.853		5.853		5.853
Dividendenzahlungen											(10.791)	(10.791)
Erwerb (Verkauf) von Anteilen anderer Gesellschafter											(8.866)	(8.866)
Kapitaleinlage von Anteilen anderer Gesellschafter											1.092	1.092
Von anderen Gesellschaftern zu übernehmende Steuerverbindlichkeit											3.841	3.841
Gesamtergebnis												
Ergebnis nach Ertragsteuern								151.612		151.612	6.188	157.800
Übriges Comprehensive Income (Loss)									131.685	131.685	4.720	136.405
Gesamtergebnis										283.297	10.908	294.205
Stand am 31. März 2009	3.812.038	3.812	0	293.932.036	293.932	339	3.619.405	2.043.981	(1.323.663)	4.637.806	111.513	4.749.319

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften und verkürzten Konzernabschluss.

Anmerkungen zum Konzernabschluss

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

1. Die Gesellschaft und Zusammenfassung der wesentlichen Grundsätze der Rechnungslegung

Die Fresenius Medical Care Aktiengesellschaft & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien (FMC-AG & Co. KGaA, und die Gesellschaft – beide Begriffe beinhalten in Abhängigkeit vom Kontext auch die Tochtergesellschaften auf konsolidierter Basis) ist der weltweit führende integrierte Anbieter von Dialyседienstleistungen und Dialyseprodukten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. Als vertikal integriertes Unternehmen bietet die Gesellschaft Dialyседienstleistungen in eigenen Kliniken oder Kliniken, die sie betreibt, an und versorgt diese mit einer weiten Produktpalette. Zusätzlich verkauft die Gesellschaft Dialyseprodukte an andere Dialyседienstleister. In den USA führt die Gesellschaft darüber hinaus klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlungen sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Krankenhäusern an.

Grundlage der Darstellung

Seit dem Geschäftsjahr 2007 erfüllt die Gesellschaft als kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen mit Sitz in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU) ihre Pflicht, den Konzernabschluss nach den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS) unter Anwendung von § 315a „Handelsgesetzbuch“ (HGB) aufzustellen und zu veröffentlichen.

Der beigefügte verkürzte Quartalsabschluss entspricht den Vorschriften des International Accounting Standard IAS 34. Er wurde gemäß den Vorschriften der am Abschlussstichtag gültigen und von der Europäischen Union anerkannten IFRS erstellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die diesem Quartalsabschluss zugrunde liegen, entsprechen denen, die im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 angewendet wurden.

Die Gesellschaft wendet die überarbeitete Fassung von IAS 1 seit dem 1. Januar 2009 an. IAS 1 legt allgemeine Anforderungen an die Präsentation von Abschlüssen, Richtlinien für ihre Struktur und Mindestanforderungen an ihren Inhalt fest. Eine wesentliche Änderung betrifft die nicht anteilseignerbezogenen Eigenkapitalveränderungen, die in zwei getrennten Abschlussbestandteilen (Konzern-Gewinn und Verlustrechnung und Konzern-Gesamtergebnisrechnung) dargestellt werden.

Weiterhin wurde ein Konzernabschluss nach US-GAAP und mit dem „US-Dollar“ (US-\$) als Berichtswährung erstellt und als Bestandteil der Form 6-K bei der „Securities and Exchange Commission“ (SEC), sowie der deutschen Börse eingereicht.

Die in diesem Bericht dargelegten Konzernabschlüsse zum 31. März 2009 sowie für das 1. Quartal 2009 und 2008 sind ungeprüft und sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008, gemäß § 315a HGB nach IFRS, gelesen werden. Die Konzernabschlüsse geben alle Anpassungen wider, die nach Ansicht der Unternehmensleitung für eine sachgerechte Darstellung der Ergebnisse für die aufgeführten Zeiträume erforderlich sind. Dabei handelt es sich in allen Fällen um normale, wiederkehrende Anpassungen.

Aus dem operativen Ergebnis für das 1. Quartal 2009 kann nicht notwendigerweise auf das operative Ergebnis für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2009 geschlossen werden.

Die Erstellung eines Konzernabschlusses nach IFRS macht Schätzungen und Annahmen durch die Unternehmensleitung erforderlich, die die Höhe der Aktiva und Passiva, die Angabe von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie die Höhe der Erträge und Aufwendungen während des Geschäftsjahres beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Neue Verlautbarungen

Das IASB hat folgende für die Gesellschaft relevante neue Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die frühestens für Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Januar 2010 anzuwenden sind und von der Gesellschaft nicht vorzeitig angewendet werden:

- Änderungen zu IAS 27 (Consolidated and Separate Financial Statements)
- Änderungen zu IFRS 3 (Business Combinations)
- Änderungen zu IFRS 7 (Financial Instruments Disclosure)
- Improvements to IFRSs

Im Januar 2008 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung des IAS 27 (Consolidated and Separate Financial Statements). Der überarbeitete Standard schreibt vor, dass bei Verlust der Beherrschung eines Tochterunternehmens die konsolidierten Vermögenswerte und Schulden auszubuchen sind und das verbleibende Investment zum beizulegenden Zeitwert neu zu bewerten ist. Der Standard regelt auch, dass Änderungen in der Beteiligungsquote, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, ausschließlich im Eigenkapital zu erfassen sind.

Ebenfalls im Januar 2008 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung des IFRS 3 (Business Combinations). Der Standard regelt unter anderem, dass Verbindlichkeiten in Abhängigkeit von künftigen Ereignissen zum Fair Value am Erwerbszeitpunkt bewertet werden. In der Folgebewertung werden Anpassungen nur noch erfolgswirksam erfasst. Eine weitere Änderung bezieht sich auf die Anforderung, dass Anschaffungsnebenkosten, die im Rahmen einer Akquisition anfallen, künftig nur noch als Aufwand erfasst werden dürfen.

Sowohl die neue Fassung des IAS 27 als auch die neue Fassung des IFRS 3 sind verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Anwendung von IFRS 3 bezieht sich auf Unternehmenszusammenschlüsse, die am oder nach dem 1. Juli 2009 abgeschlossen werden. Eine frühere Anwendung ist unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Die Gesellschaft wird die Standards ab der Anerkennung durch die die EU-Kommission anwenden.

Im März 2009 verabschiedete das IASB Änderungen zu IFRS 7 (Financial Instruments Disclosures). Der überarbeitete Standard führt eine dreistufige Fair Value-Hierarchie ein und erweitert den Umfang der Angabepflichten für Finanzinstrumente. Die überarbeitete Version von IFRS 7 ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, wobei eine frühere Anwendung erlaubt ist. Die Gesellschaft wird den Standard im Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 anwenden, sofern die Anerkennung durch die EU erfolgt ist.

Im April 2009 veröffentlichte das IASB die Improvements to IFRSs. Der Standard befasst sich mit notwendigen jedoch nicht dringenden Änderungen der IFRS. Zehn Standards (IFRS 2, IFRS 5, IFRS 8, IAS 1, IAS 7, IAS 17, IAS 18, IAS 36, IAS 38, und IAS 39) und zwei Interpretationen

(IFRIC 9 und IFRIC 16) sind von den Änderungen betroffen. Die meisten Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen, wobei eine frühere Anwendung erlaubt ist. Die Gesellschaft untersucht zurzeit die Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die Anerkennungen der Änderungen zu IFRS 3, IAS 27, IFRS 7 und Improvements to IFRSs durch die EU-Kommission stehen noch aus.

2. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

a) Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

In den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in Höhe von 17.963 € (1. Quartal 2008: 12.698 €) sind neben den Forschungs- und nicht aktivierungsfähigen Entwicklungskosten auch die Abschreibungen auf aktivierte Entwicklungskosten in Höhe von 390 € (1. Quartal 2008: 377 €) enthalten.

b) Ergebnis je Aktie

Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung der Zähler und Nenner für die Ermittlung des Ergebnisses je Aktie vor und bei voller Verwässerung im 1. Quartal 2009 und 2008 dar.

Überleitung Ergebnis je Aktie vor und bei voller Verwässerung

in Tsd. €, mit Ausnahme der Beträge je Aktie und der Aktienstückzahl

	1. Januar - 31. März	
	2009	2008
Zähler		
Konzernergebnis (Ergebnis, das auf die Anteilseigner der FMC-AG & Co. KGaA entfällt)	151.612	124.641
abzüglich:		
Dividenden auf Vorzugsaktien	18	19
Quartalergebnis, das für alle Aktiengattungen zur Verfügung steht	151.594	124.622
Nenner		
Durchschnittlich ausstehende Aktien		
Stammaktien	293.932.036	292.786.583
Vorzugsaktien	3.811.297	3.779.822
Summe aller ausstehenden Aktiengattungen	297.743.333	296.566.405
Potentiell verwässernde Stammaktien	64.602	960.176
Potentiell verwässernde Vorzugsaktien	87.242	101.810
Summe ausstehender Stammaktien bei voller Verwässerung	293.996.638	293.746.759
Summe ausstehender Vorzugsaktien bei voller Verwässerung	3.898.539	3.881.632
Ergebnis je Stammaktie	0,51	0,42
Vorzüge	0,00	0,01
Ergebnis je Vorzugsaktie	0,51	0,43
Ergebnis je Stammaktie bei voller Verwässerung	0,51	0,42
Vorzüge	0,00	0,01
Ergebnis je Vorzugsaktie bei voller Verwässerung	0,51	0,43

3. Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

a) Dienstleistungsvereinbarungen und Mietverträge

Die Gesellschaft hat mit der Fresenius SE, der alleinigen Aktionärin der Management AG sowie mit 36,3% der stimmberechtigten Aktien größten Aktionärin der Gesellschaft, und einigen Tochtergesellschaften der Fresenius SE, die nicht auch Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA sind, Vereinbarungen über die Bereitstellung von Dienstleistungen geschlossen. Sie umfassen u. a. Verwaltungsdienstleistungen, Management-Informationsdienstleistungen, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Versicherungen, IT-Dienstleistungen und Steuer- und Finanzdienstleistungen. Für das 1. Quartal 2009 und 2008 stellte die Fresenius SE der Gesellschaft auf der Grundlage dieser Dienstleistungsvereinbarungen 5.014 € und 4.106 € in Rechnung. In den gleichen Zeiträumen stellten Tochtergesellschaften der Fresenius SE der Gesellschaft 7.320 € und 6.966 € in Rechnung. Die Gesellschaft übernimmt ihrerseits bestimmte Dienstleistungen für die Fresenius SE und bestimmte Tochtergesellschaften der Fresenius SE, die u.a. Forschung und Entwicklung, Zentraleinkauf, Patentverwaltung und Lagerung umfassen. Im 1. Quartal 2009 nahm die Fresenius SE Dienstleistungen der Gesellschaft in Höhe von 1.108 € in Anspruch. Im 1. Quartal 2008 stellte die Gesellschaft der Fresenius SE für an diese erbrachte Dienstleistungen 11 € in Rechnung. Tochtergesellschaften der Fresenius SE wurden in den Jahren 2009 und 2008 3.925 € bzw. 3.256 € in Rechnung gestellt.

Entsprechend den Mietverträgen für Immobilien, die mit der Fresenius SE abgeschlossen wurden, zahlte die Gesellschaft im 1. Quartal 2009 und 2008 1.223 € bzw. 1.259 €. An Tochtergesellschaften der Fresenius SE wurden im 1. Quartal 2009 und 2008 2.532 € bzw. 2.238 € gezahlt. Die Mehrzahl der Mietverträge läuft 2016 aus und enthält Verlängerungsoptionen.

Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass der Management AG als persönlich haftender Gesellschafterin alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführungstätigkeit einschließlich der Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands erstattet werden. Für ihre Geschäftsführungstätigkeit erhielt die Management AG im 1. Quartal 2009 und 2008 insgesamt 1.625 € bzw. 1.619 €.

b) Produkte

Die Gesellschaft verkaufte im 1. Quartal 2009 und im 1. Quartal 2008 keine Produkte an die Fresenius SE. An Tochtergesellschaften der Fresenius SE wurde im 1. Quartal 2009 und 2008 Produkte in Höhe von 3.048 € bzw. 5.840 €. Im 1. Quartal 2009 und 2008 tätigte die Gesellschaft keine Einkäufe bei der Fresenius SE und Einkäufe bei Tochtergesellschaften der Fresenius SE in Höhe von 8.221 € und 7.243 €.

Zusätzlich zu den oben angeführten Einkäufen bezieht die Gesellschaft zurzeit Heparin über einen Beschaffungsverband von der APP Inc, einer Tochter der Fresenius Kabi AG. Die Fresenius Kabi AG ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Fresenius SE. Die „Fresenius Medical Care Holdings, Inc.“, (FMCH), hat keinen direkten Liefervertrag mit APP Inc. und bestellt nicht direkt bei APP Inc. Im 1. Quartal 2009 und 2008 bezog die FMCH über den zu marktüblichen Konditionen abgeschlossenen Vertrag mit dem Beschaffungsverband Heparin im Wert von etwa 7.078 US-\$ (5.432 €) bzw. 2.209 US-\$ (1.474 €).

c) Erhaltene und gewährte Darlehen

Die Gesellschaft erhält kurzfristige Darlehen von der Fresenius SE und einer Tochtergesellschaft der Fresenius SE. Am 31. März 2009 standen 12.000 € gegenüber der Fresenius SE aus, während am 31. Dezember 2008 gegenüber der Fresenius SE kein Darlehen ausstand. Am 31. März 2009 stand gegenüber einer Tochtergesellschaft der Fresenius SE ein Betrag von 824 € aus, während am 31. Dezember 2008 956 € ausstanden (siehe Anmerkung 7).

Am 7. November 2008 gewährte die Gesellschaft der Fresenius SE ein Darlehen in Höhe von 50.000 US-\$ (37.571 €), zu einem Zinssatz von 6,45 % welches am 30. April 2009 zurückgezahlt wurde.

4. Flüssige Mittel

Zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 setzten sich die flüssigen Mittel wie folgt zusammen:

Flüssige Mittel

in Tsd. €	2009	2008
Zahlungsmittel	152.218	155.673
Wertpapiere (mit einer Fälligkeit von bis zu 90 Tagen)	166	3.546
Flüssige Mittel	152.384	159.218

5. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 setzten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt zusammen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Netto

in Tsd. €	2009	2008
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.816.510	1.752.642
abzüglich Wertberichtigungen	193.676	188.860
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto	1.622.834	1.563.782

6. Vorräte

Zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 setzten sich die Vorräte wie folgt zusammen:

Vorräte

in Tsd. €

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	112.621	104.732
Unfertige Erzeugnisse	45.624	43.803
Fertige Erzeugnisse	349.816	277.076
Verbrauchsmaterialien	73.817	82.437
Vorräte	<u>581.878</u>	<u>508.048</u>

7. Kurzfristige Darlehen, sonstige Finanzverbindlichkeiten und kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen

Zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 setzten sich die kurzfristigen Darlehen und sonstigen Finanzverbindlichkeiten sowie die kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen wie folgt zusammen:

Kurzfristige Darlehen

in Tsd. €

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Verbindlichkeiten aus Kreditlinien	62.580	87.286
Forderungsverkaufsprogramm	405.020	387.296
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	17.006	16.296
Kurzfristige Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten	484.606	490.878
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen (siehe Anmerkung 3.c.)	12.824	956
Kurzfristige Darlehen einschließlich verbundener Unternehmen	<u>497.430</u>	<u>491.834</u>

8. Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen

Zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 setzten sich die langfristigen Verbindlichkeiten und die Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen

in Tsd. €	2009	2008
Kreditvereinbarung 2006	2.543.262	2.418.681
Vorrangige Anleihe	370.212	353.852
Euro-Schuldscheindarlehen	200.000	200.000
Kredite von der Europäischen Investitionsbank	126.674	125.069
Verpflichtungen aus aktivierten Leasingverträgen	9.397	9.624
Sonstige	52.020	68.694
Abzüglich Finanzierungskosten	(29.968)	(31.284)
	3.271.597	3.144.636
Abzüglich kurzfristig fälliger Anteil	(321.926)	(328.767)
	2.949.671	2.815.869

Die folgende Tabelle zeigt die zur Verfügung stehenden Fazilitäten und die Inanspruchnahme aus der Kreditvereinbarung 2006 zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008:

Kreditvereinbarung 2006 - Verfügbarer und in Anspruch genommener Kredit

in Tsd. US-\$	31. März 2009	31. Dezember 2008
Kreditfazilitäten		
Revolvierender Kredit	1.000.000	1.000.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.461.708	1.491.139
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.566.017	1.570.053
	4.027.725	4.061.192
Inanspruchnahmen		
Revolvierender Kredit	356.848	304.887
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.461.708	1.491.139
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.566.017	1.570.053
	3.384.573	3.366.079

Zusätzlich hatte die Gesellschaft zum 31. März 2009 und zum 31. Dezember 2008 Letters of Credit in Höhe von 111.994 US-\$ (84.155 €) genutzt, die nicht in den oben genannten Inanspruchnahmen zu diesen Zeitpunkten enthalten waren, die jedoch die zur Verfügung stehenden Beträge des revolvingenden Kredits entsprechend reduzieren.

9. Vorauszahlung auf Kapitalerhöhung

Im 1. Quartal 2009 wurden 338.751 Aktienoptionen für Stammaktien und 300 Aktienoptionen für Vorzugsaktien ausgeübt, für die die entsprechenden Stammaktien bzw. Vorzugsaktien noch nicht ausgegeben wurden. Die Zuflüsse der Gesellschaft aus der Ausübung dieser Aktienoptionen beliefen sich auf 5.790 € bzw. 4 €. Der Nominalwert der noch auszugebenden Aktien, die als Einlage zur Kapitalerhöhung im Eigenkapital ausgewiesen wurden, beträgt für Stammaktien 339 € und für Vorzugsaktien 0,3 €. Die verbleibenden 5.454 € sind als Kapitalrücklage im Eigenkapital erfasst worden, wobei 5.451 € der Kapitalrücklage auf Stammaktien und die restlichen (3 €) auf Vorzugsaktien entfallen.

10. Zusätzliche Informationen zum Kapitalmanagement

Zum 31. März 2009 betrug die Eigenkapitalquote 42%, und das Verhältnis der Finanzverbindlichkeiten zur Bilanzsumme belief sich auf 38%. Der Verschuldungsgrad (debt/EBITDA), der auf Basis von US-GAAP ermittelt wird, betrug 2,6. Zu Zielen des Kapitalmanagements und weiteren Informationen wird auf den gemäß § 315a HGB nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 verwiesen.

Die Gesellschaft wird von den Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch bewertet.

Kreditrating

	Standard & Poor's	Moody's	Fitch
Unternehmensrating	BB	Ba1	BB
Ausblick	negativ	stabil	negativ
Rating vorrangige besicherte Finanzverbindlichkeiten	BBB-	Baa3	BBB-
Rating vorrangige unbesicherte Finanzverbindlichkeiten	BB+	Ba2	nicht bewertet
Rating nachrangige Finanzverbindlichkeiten	BB	Ba3	B+

11. Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Gesellschaft verfügt zurzeit im Wesentlichen über zwei Pensionspläne, einen für deutsche Mitarbeiter und einen für Mitarbeiter in den USA, der gekürzt wurde. Die Pensionszahlungen hängen generell von der Anzahl der Dienstjahre und dem Gehalt des Mitarbeiters bei Eintritt des Versorgungsfalls ab. Wie in Deutschland üblich, sind die Pensionszusagen der Gesellschaft Direktzusagen. Für den deutschen Pensionsplan besteht kein gesonderter Pensionsfonds. Jedes Jahr führt „Fresenius Medical Care Holdings, Inc.“, (FMCH), die maßgebliche US-amerikanische Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, dem Pensionsplan für die Mitarbeiter in den USA mindestens den Betrag zu, der sich aufgrund gesetzlicher Vorschriften (Employee Retirement Income Security Act of 1974 in seiner ergänzten Form) ergibt. Im Jahr 2009 sehen die gesetzlichen Vorschriften keine Mindestzuführung für den leistungsorientierten Pensionsplan vor. Im 1. Quartal 2009 wurden freiwillige Zuführungen in Höhe von 115 € getätigt. Für das verbleibende Geschäftsjahr 2009 erwartet die Gesellschaft weitere freiwillige Zuführungen in Höhe von 621 €. Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Pensionsaufwandes für das 1. Quartal 2009 und 2008.

Bestandteile des Pensionsaufwands

in Tsd. €	1. Januar bis 31. März	
	2009	2008
Laufender Dienstzeitaufwand	1.460	1.409
Zinsaufwand	4.058	3.394
Erwartete Erträge des Planvermögens	(3.043)	(2.829)
Tilgung von versicherungsmathematischen Verlusten, netto	117	1
Pensionsaufwand	2.590	1.975

12. Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Rechtliche Verfahren

Die FMC-AG & Co. KGaA ist regelmäßig in zahlreiche Klagen, Rechtsstreitigkeiten, behördliche und steuerbehördliche Prüfungen, Ermittlungen und sonstige Rechtsangelegenheiten involviert, die sich größtenteils aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Erbringung von Dienstleistungen und Lieferung von Produkten im Gesundheitswesen ergeben. Der genaue Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Rechtsangelegenheiten kann stets nur schwer vorhergesagt werden, und es können sich Resultate ergeben, die von der Einschätzung der Gesellschaft abweichen. Die Gesellschaft ist überzeugt, stichhaltige Einwände gegen die in anhängigen Rechtsangelegenheiten geltend gemachten Ansprüche oder Vorwürfe zu besitzen und wird sich vehement verteidigen. Dennoch ist es möglich, dass die Entscheidung einer oder mehrerer derzeit anhängiger oder drohender rechtlicher Angelegenheiten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit von der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Zivilrechtsstreitigkeiten

Die Gesellschaft wurde ursprünglich als Ergebnis einer Reihe von Transaktionen in Übereinstimmung mit der Fusionsvereinbarung und dem Reorganisationsplan vom 4. Februar 1996 zwischen W.R. Grace & Co. und Fresenius SE (vormals: Fresenius AG) gegründet (der Zusammenschluss). Zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses hatte und hat noch heute eine Tochtergesellschaft der W.R. Grace & Co., die W.R. Grace & Co.-Conn., erhebliche Verbindlichkeiten aus Rechtsverfahren im Zusammenhang mit Produzentenhaftung (einschließlich Asbestansprüchen), Steuerverbindlichkeiten für die Zeit vor dem Zusammenschluss und weitere Verbindlichkeiten, die nicht mit der National Medical Care, Inc. (NMC) in Verbindung stehen, welche vor dem Zusammenschluss das Dialysegeschäft von W.R. Grace & Co. betrieb. Im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss hatte sich W.R. Grace & Co.-Conn. verpflichtet, die Gesellschaft, FMCH und NMC von allen Verpflichtungen der W.R. Grace & Co. freizustellen, die sich auf Ereignisse vor oder nach dem Zusammenschluss beziehen mit Ausnahme von Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der NMC stehen. Am 2. April 2001 beantragten W.R. Grace & Co. und einige ihrer Tochtergesellschaften die Reorganisation nach „Chapter 11 des US-amerikanischen Konkursrechts“ (das Grace Chapter 11-Insolvenzverfahren).

Vor und nach Beginn des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens wurde gegen W.R. Grace & Co. und FMCH Klage erhoben, sowohl von Klägern, die sich als Gläubiger von W.R. Grace & Co.-Conn. ausgeben, als auch von Asbest-Gläubigerausschüssen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens. Dabei wird im Wesentlichen behauptet, dass der Zusammenschluss eine betrügerische Übertragung gewesen sei, gegen das Gesetz gegen betrügerische Transfers verstoße und eine Verschwörung darstelle. Alle Verfahren dieser Art wurden entweder zunächst ausgesetzt, an das US-Bezirksgericht überwiesen oder liegen beim US-Konkursgericht als Teil des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens.

Im Jahr 2003 hat die Gesellschaft eine Vereinbarung in Bezug auf die im Rahmen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens anhängigen Angelegenheiten geschlossen. Die Vereinbarung regelt alle Ansprüche gegen die Gesellschaft im Hinblick auf den Vorwurf der betrügerischen Übertragung sowie steuerliche und andere Ansprüche gegen die Gesellschaft. Gemäß den ergänzten Regelungen der Vergleichsvereinbarung werden die Behauptung der betrügerischen Übertragung und andere von den Asbestklägern erhobene Behauptungen öffentlich fallen gelassen, und die Gesellschaft wird Schutz vor allen vorhandenen und allen potenziellen künftigen Ansprüchen im Zusammenhang mit W.R. Grace & Co. erhalten, einschließlich solcher aus betrügerischer Übertragung und aus Asbestansprüchen sowie Freistellungen von

Einkommensteuerforderungen, die sich auf die bei der Bestätigung des W.R. Grace & Co. Reorganisations- und Sanierungsplans nicht zur NMC gehörenden Mitglieder der steuerlichen Organschaft W.R. Grace & Co. beziehen. Nachdem der W.R. Grace & Co. Reorganisations- und Sanierungsplan bestätigt worden ist, wird die Gesellschaft gemäß der Vergleichsvereinbarung insgesamt 115.000 US-\$ ohne Zinsen an die W.R. Grace & Co.-Konkursmasse bzw. an eine andere vom Gericht festgelegte Stelle zahlen.

Es wurden keine Schuldanerkenntnisse getätigt und es werden keine Schuldanerkenntnisse getätigt werden. Die Vergleichsvereinbarung wurde vom US-Konkursgericht genehmigt. Nach dem Zusammenschluss war W.R. Grace & Co. in einer mehrstufigen Transaktion im Zusammenhang mit der Sealed Air Corporation (Sealed Air, früher bekannt als W.R. Grace Holdings, Inc.) involviert. Die Gesellschaft befindet sich in einem Rechtsstreit mit Sealed Air, um ihren Anspruch auf Entschädigung durch Sealed Air für alle Verluste und Aufwendungen der Gesellschaft in Verbindung mit Steuerverbindlichkeiten vor dem Zusammenschluss und im Zusammenhang mit anderen Ansprüchen aus dem Zusammenschluss geltend zu machen. Gemäß der Vergleichsvereinbarung wird dieser Rechtsstreit bei Bestätigung eines Plans, der den Bedingungen der Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft in Verbindung mit dem Rechtsstreit gerecht wird, öffentlich fallen gelassen.

Am 4. April 2003 hat FMCH eine Feststellungsklage (Fresenius USA, Inc., et al., vs. Baxter International, Inc., et al.) mit der Geschäftsnr. C 03-1431 beim US-Bundesbezirksgericht für Nordkalifornien eingereicht, mit der gerichtlich festgestellt werden soll, dass FMCH keine Patente der Firma Baxter International, Inc., ihrer Tochtergesellschaften oder ihrer verbundenen Unternehmen (Baxter) verletzt, dass die Patente ungültig sind und dass Baxter kein Recht und keine Befugnis hat, FMCH wegen der angeblichen Verletzung von Patenten der Firma Baxter eine Klage anzudrohen oder einen Prozess gegen FMCH zu führen. Allgemein betreffen die angeblichen Patente die Verwendung von Touchscreen-Schnittstellen für Hämodialysegeräte. Baxter hat Widerklage gegen FMCH auf Schadensersatz in Höhe von über 140.000 US-\$ und auf Erlass einer einstweiligen Verfügung erhoben und behauptet, dass FMCH vorsätzlich die Baxter-Patente verletzte. Am 17. Juli 2006 hatte das Gericht der Klage von FMCH durch Geschworenenurteil stattgegeben und festgestellt, dass die fraglichen Baxter-Patente offensichtlich ungültig und/oder angesichts des Stands der Technik dispositiv sind. Am 13. Februar 2007 hat das Gericht dem Antrag von Baxter, das zugunsten von FMCH ergangene Urteil aufzuheben, stattgegeben, die Patente wieder in Kraft gesetzt und deren Verletzung festgestellt. In Folge einer im Rahmen des Verfahrens im Hinblick auf Schadensersatz erfolgten Verhandlung hat das Gericht am 6. November 2007 Baxter durch Geschworenenurteil 14.300. US-\$ zuerkannt. Am 4. April 2008 hat das Gericht Baxters Antrag auf ein neues Verfahren abgelehnt. Für den seit dem 7. November 2007 fortgesetzten Verkauf der FMCH-Hämodialysegeräte 2008K setzte das Gericht die Zahlung einer Lizenzgebühr an Baxter in Höhe von 10% des Verkaufspreises sowie für zugehörige Einwegartikel, Ersatzteile und Wartung in Höhe von 7% des Verkaufspreises fest und untersagte den Verkauf des Geräts 2008K ab dem 1. Januar 2009. Die Gesellschaft hat gegen die Entscheidung des Gerichts bei dem Bundesberufungsgericht Rechtsmittel eingelegt und wurde hierzu am 3. Dezember 2008 angehört. Eine Entscheidung wurde nicht verkündet. Die Gesellschaft ist zuversichtlich sich mit dem Rechtsmittel oder mit der bei dem U.S. Patent- und Markenamt anhängigen nochmaligen Überprüfung der dem Fall zugrunde liegenden Patente von Baxter durchzusetzen und hat für in diesem Zusammenhang gegebenenfalls entstehende Verpflichtungen keine Rückstellung gebildet. Sollten sämtliche Rechtsmittel der Gesellschaft, inklusive jeglicher gegen die Lizenzzahlungen eingelegter Rechtsmittel, nicht erfolgreich sein, so wären die gemäß gerichtlicher Verfügung hinsichtlich der Geräte und der Lieferung von Einwegartikeln an Baxter zu bezahlenden Lizenzgebühren für Verkäufe bis einschließlich 31. Dezember 2008 auf etwa 56.000 US\$ und danach auf einen monatlichen Betrag in Höhe von geschätzten 2.000 bis 3.000 US\$ zu beziffern. Für die Zeit bis zu einer Entscheidung über das von der Gesellschaft eingelegte Rechtsmittel werden Zahlungen in Höhe der vorbenannten Lizenzgebühren auf ein

gerichtlich anerkanntes Treuhandkonto vorgenommen. Für den Fall, dass das Rechtsmittel Erfolg haben sollte, würden die hinterlegten Mittel nebst Zinsen an die Gesellschaft zurückerstattet werden. Ungeachtet des Ausgangs des Verfahrens hat die Gesellschaft im Oktober 2008 die Vornahme konstruktiver Veränderungen an dem Gerät 2008K abgeschlossen, die das Risiko des Entstehens weiterer, auf der gerichtlichen Entscheidung basierender Ansprüche aus Lizenzzahlungen beseitigen sollen. Ferner soll wird mit diesen Veränderungen auch die Zulässigkeit des Weiterverkaufs des modifizierten Geräts erreicht werden, ohne dass hierdurch der gerichtlichen Untersagung zuwider gehandelt würde.

Am 28. April 2008 hat Baxter bei dem US-Bundesbezirksgericht für Nord-Illinois, Eastern Division (Chicago), eine Klage mit der Bezeichnung Baxter International, Inc. and Baxter Healthcare Corporation vs. Fresenius Medical Care Holdings, Inc. and Fresenius USA, Inc., Geschäftsnr. CV 2389, eingereicht, in der die Verletzung von vier kürzlich (Ende 2007 bis 2008) erteilten Patenten durch Hämodialysemaschinen von FMCH behauptet wird. Sämtliche dieser Patente basieren auf einem der Patente, das bereits durch den vorab beschriebenen Rechtsstreit mit Baxter vom April 2003 streitgegenständlich ist. Die neuen Patente laufen im April 2011 aus und beziehen sich auf Trendkurven, deren Anzeige auf Touchscreen-Schnittstellen erfolgt, sowie auf der Erfassung von Ultrafiltrations-Profilen (Ultrafiltration meint die Entziehung von Flüssigkeiten aus dem Körper eines Patienten durch Druck). Das Gericht hat das Verfahren bis zu einer Entscheidung über das Rechtsmittel hinsichtlich des Rechtsstreits mit Baxter vom April 2003 ausgesetzt. Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre Hämodialysemaschinen keine gültigen Patentansprüche dieser Patente von Baxter verletzen.

Am 17. Oktober 2006 haben Baxter und die Deka Products Ltd. (Deka) bei dem US-Bundesbezirksgericht für Ost-Texas eine Klage mit der Bezeichnung Baxter Healthcare Corporation and DEKA Products Limited Partnership vs. Fresenius Medical Care Holdings, Inc. d/b/a Fresenius Medical Care North America and Fresenius USA, Inc., Geschäftsnr. CV438 TJW eingereicht, die im weiteren Verlauf an den Gerichtsbezirk Nordkalifornien übertragen wurde. In der Klageschrift wird behauptet, der zur Peritonealdialyse verwendete Liberty Cyclor der FMCH verletze bestimmte von Baxter gehaltene oder an Baxter lizenzierte Patente. Mit dem Verkauf des Liberty Cyclors wurde im Juli 2008 begonnen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass der zur Peritonealdialyse verwendete Liberty Cyclor keine gültigen Patentansprüche von Baxter/Deka verletzt.

In Deutschland waren zwei Patentrechtsstreitigkeiten zwischen Gambro Industries (Gambro) auf der einen Seite und der Fresenius Medical Care Deutschland GmbH (FMC D-GmbH) sowie der FMC AG & Co. KGaA auf der anderen Seite anhängig. Gambro behauptete darin Verletzungen eines Patents betreffend eine Einrichtung zur Vorbereitung medizinischer Lösungen durch die Gesellschaft. In Bezug auf das erste Verfahren wurde die Klage von Gambro mit inzwischen rechtskräftigem Urteil als unbegründet abgewiesen. In Bezug auf das zweite Verfahren hat das Landgericht Mannheim mit Urteil vom 27. Juni 2008 der Klage von Gambro stattgegeben, die Patentverletzung festgestellt, die Gesellschaft diesbezüglich zu (noch im Rahmen eines separaten Gerichtsverfahrens zu bestimmenden) Schadensersatzleistungen verurteilt und die Verpflichtung ausgesprochen, den Vertrieb der vermeintlich patentverletzenden Technologie in der ursprünglichen Form in Deutschland zu unterlassen. Die Fresenius Medical Care Deutschland GmbH hatte zunächst bei dem „Bundespatentgericht“ („BPatG) Nichtigkeitsklage gegen das Patent von Gambro erhoben. Dieses Verfahren befindet sich zwischenzeitlich in der Berufungsinstanz bei dem Bundesgerichtshof. Ferner hat die Gesellschaft gegen das stattgebende Urteil des Landgerichts Berufung eingelegt. Am 5. Januar 2009 hat Gambro dieses Urteil gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckt. Im Vorfeld zu einer solchen vorläufigen Vollstreckung hatte die Gesellschaft jedoch bereits konstruktive Veränderungen entwickelt, die eine technische Alternative darstellen; inzwischen wurde die vermeintlich patentverletzende Technologie in allen betroffenen Geräten ausgetauscht. Vor dem Hintergrund sowohl der bereits anhängigen

Berufung gegen die Entscheidung des BPatG als auch der Berufung gegen das Urteil des Landgerichts ist die Gesellschaft der Auffassung, dass die vermeintlich patentverletzende Technologie gegen keine gültigen Patentansprüche von Gambro verstößt. Daher hat die Gesellschaft in dieser Angelegenheit in ihrem Abschluss keine Rückstellung gebildet.

Sonstige Rechtsstreitigkeiten und potenzielle Risiken

„Renal Care Group, Inc.“ (RCG) wurde als Beklagte in einer zum zweiten Mal erweiterten Klage, die am 13. September 2006 beim Chancery Court für den Bundesstaat Tennessee, Zwanzigster Gerichtsbezirk in Nashville gegen frühere Führungskräfte und Direktoren von RCG eingereicht wurde, benannt. Bei der Klage handelte es sich um eine Gruppenklage und Aktionärsklage wegen angeblicher unrechtmäßiger Handlungen und Verletzungen von Treuepflichten im Zusammenhang mit der Akquisition von RCG und einer vermeintlich nicht korrekten Rückdatierung und/oder Terminierung bei der Gewährung von Aktienoptionen. Die erweiterte Klage hatte die Bezeichnung Indiana State District Council of Laborers and Hod Carriers Rentenfonds vs. Gary Brukart et al. Mit der Klage wurden Schadensersatzansprüche gegen beklagte frühere Führungskräfte und Direktoren geltend gemacht. Mit ihr wurde jedoch kein Schadensersatzanspruch gegen RCG direkt verfolgt. Am 30. August 2007 wurde die Klage ohne Erweiterungsmöglichkeit in vollem Umfang abgewiesen. Der Kläger legte daraufhin Berufung ein. Ein Gremium des Berufungsgerichts von Tennessee, eine Zwischenberufungsinstanz, hob am 19. Februar 2009 das erstinstanzliche Urteil hinsichtlich der Klagepunkte der Gruppenklage auf. Das Verfahren wurde zur erneuten Untersuchung und Neuverhandlung an die untere Instanz zurückverwiesen. Die Gesellschaft legt gegen die Entscheidung der Zwischeninstanz Rechtsmittel bei dem Obersten Gerichtshof von Tennessee ein.

FMCH und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich RCG (vor der Akquisition von RCG), haben Vorladungen der US-Justizbehörden mit Sitz in St. Louis (Missouri), die im Zusammenhang mit zivil- und strafrechtlichen Voruntersuchungen stehen, erhalten. FMCH erhielt die Vorladung im April 2005, und RCG erhielt die Vorladung im August 2005. Mit der Vorladung werden Geschäftsunterlagen im Hinblick auf FMCH's und RCG's klinische Qualitätsprogramme, Aktivitäten zur Geschäftsentwicklung, Vergütungen für Klinikleiter und Beziehungen zu Ärzten, Joint Ventures, Anämie-Behandlungstherapien, RCG's Lieferunternehmen, pharmazeutische und sonstige Dienstleistungen, die RCG gegenüber Patienten erbracht hat, RCG's Beziehungen zu Unternehmen der pharmazeutischen Industrie und RCG's Erwerb von Dialysegeräten von FMCH angefordert. Der Generalinspektor des amerikanischen Gesundheitsamtes sowie die Staatsanwaltschaft für das Eastern District von Texas haben bestätigt, dass sie sich an der Überprüfung des Anämiemanagement-Programms, welche durch die amerikanische Staatsanwaltschaft für das Eastern District von Missouri durchgeführt wird, beteiligen. Die Gesellschaft wird weiterhin bei den laufenden Ermittlungen kooperieren.

Am 17. Juli 2007 hat die US-Staatsanwaltschaft eine Zivilklage gegen RCG und FMCH in ihrer Eigenschaft als aktuelle Muttergesellschaft von RCG vor dem United States Bezirksgericht für das Eastern District von Missouri erhoben. Mit der Klage werden Schadensersatzansprüche und Strafmaßnahmen im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Method II Zulieferungsgesellschaft von RCG im Jahr 2005 vor dem Erwerb von RCG durch FMCH geltend gemacht. Die Klage läuft unter United States of America ex. Rel. Julie Williams et al. vs. Renal Care Group, Renal Care Group Supply Company und FMCH. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass RCG die Leitung der Method II Zulieferungsgesellschaft im Einklang mit geltendem Recht durchgeführt hat und wird diese Position bei den Rechtsstreitigkeiten vertreten.

Am 27. November 2007 hat das Bundesbezirksgericht für den westlichen Bezirk von Texas (El Paso) zwei Anzeigen, die zuvor versiegelt durch eine sogenannte qui tam-Anzeigeerstatteerin,

eine frühere Angestellte einer dortigen Klinik der FMCH, eingereicht worden waren, entsiegelt und deren Zustellung zugelassen (Qui tam bezieht sich auf eine Regelung des United States False Claims Act, die es Privatpersonen ermöglicht, im Namen der U.S. Bundesregierung Klagen einzureichen, soweit sie glauben, von mutmaßlichen betrügerischen Handlungen Dritter Kenntnis zu haben). Im Rahmen des ersten Verfahrens wird behauptet, ein Nephrologe habe in seiner Praxis zum Zwecke der Behandlung von Patienten unrechtmäßigerweise einen Assistenten beschäftigt, der hierfür nicht approbiert gewesen sei. Abrechnungen des Nephrologen und der FMCH gegenüber Medicare hätten daher gegen das Gesetz betreffend unberechtigte Forderungen (False Claims Act) verstoßen. Im Rahmen des zweiten Verfahrens wird behauptet, FMCH habe sich gegenüber der Anzeigenerstatterin unrechtmäßig verhalten, indem ihr Arbeitsverhältnis durch eine vom Arbeitgeber durch dessen Verhalten herbeigeführte arbeitnehmerseitige Kündigung beendet worden sei. Die Staatsanwaltschaft des Western District of Texas lehnte es ab, sich in das Verfahren einzuschalten und den Vorgang im Namen der Vereinigten Staaten zu verfolgen. Hinsichtlich der von der Anzeigenerstatterin eingereichten Anzeigen wird der Rechtsstreit fortgeführt.

Die Darstellung bestimmter anhängiger steuerlicher Rechtsstreitigkeiten finden Sie im Kapitel „Liquidität und Mittelherkunft – Laufende Geschäftstätigkeit“ des vorliegenden Berichts.

Die Gesellschaft ist im normalen Geschäftsverlauf Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten, Gerichtsverfahren und Ermittlungen hinsichtlich verschiedenster Aspekte ihrer Geschäftstätigkeit. Die Gesellschaft analysiert regelmäßig entsprechende Informationen und bildet die erforderlichen Rückstellungen für möglicherweise aus solchen Verfahren resultierende Verbindlichkeiten einschließlich der geschätzten Rechtsberatkungskosten.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt, wie die anderer Gesundheitsdienstleister, strengen staatlichen Regulierungen und Kontrollen. Die Gesellschaft muss Vorschriften und Auflagen einhalten, die sich auf die Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer Produkte und Zulieferungen, auf den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken sowie auf den Umwelt- und Arbeitsschutz beziehen. Die Gesellschaft muss ebenfalls die US-Gesetze über das Verbot illegaler Provisionen, gegen betrügerische Zahlungsanforderungen an staatliche Einrichtungen, das Stark Statut sowie andere US-Bundes- und Staatsgesetze gegen Betrug und Missbrauch einhalten. Die zu beachtenden Gesetze und Regulierungen können geändert werden, oder Kontrollbehörden oder Gerichte können die Vorschriften oder geschäftliche Tätigkeiten anders auslegen als die Gesellschaft. In den USA hat die Durchsetzung der Vorschriften für die amerikanische Bundesregierung und für einige Bundesstaaten eine hohe Priorität erlangt.

Außerdem ermuntern die Bestimmungen des False Claims Act (betrügerische Zahlungsanforderungen), die dem Anzeigenden eine Beteiligung an den verhängten Bußgeldern zusichern, private Kläger, sogenannte Whistleblower-Aktionen einzuleiten. Angesichts dieses von Regulierungen geprägten Umfeldes werden die geschäftlichen Aktivitäten und Praktiken der Gesellschaft auch in Zukunft Gegenstand intensiver Überprüfungen durch Regulierungsbehörden und Dritte sowie von Untersuchungsverlangen, Vorlagebeschlüssen, anderen Anfragen, Rechtsansprüchen und Gerichtsverfahren sein, die sich auf die Einhaltung der relevanten Gesetze und Regulierungen beziehen. Die Gesellschaft wird nicht in jedem Falle von vornherein wissen, dass Untersuchungen oder Aktionen gegen sie angelaufen sind; das gilt insbesondere für Whistleblower-Aktionen, die von den Gerichten zunächst vertraulich behandelt werden.

Die Gesellschaft betreibt eine große Anzahl und Vielfalt von Betriebsstätten in allen Teilen der USA. In einem derart dezentralisierten System ist es häufig schwierig, das wünschenswerte Maß an Aufsicht und Kontrolle über Tausende von Mitarbeitern sicherzustellen, die bei einer Vielzahl von Tochterunternehmen beschäftigt sind. Bei der Führung, dem Management und der

Kontrolle dieser Mitarbeiter verlässt sich die Gesellschaft auf ihre Führungsstruktur, auf ihre Regelungskompetenz und juristischen Ressourcen sowie auf die effektive Umsetzung ihres Programms zur Einhaltung von Verhaltensregeln. Trotzdem kommt es gelegentlich vor, dass die Gesellschaft feststellen muss, dass Mitarbeiter absichtlich oder versehentlich unangemessene oder falsche Abrechnungen eingereicht haben. Das rechtswidrige Verhalten solcher Mitarbeiter kann dazu führen, dass gegenüber der Gesellschaft Haftungsansprüche u.a. nach dem Anti-Kickback Statut, dem Stark Statut und dem False Claims Act geltend gemacht werden.

Es werden zunehmend Prozesse gegen Ärzte, Krankenhäuser und andere Akteure des Gesundheitswesens wegen fachlicher Fahrlässigkeit, Behandlungsfehler, Produkthaftung, Mitarbeiterentschädigungs- und ähnlicher Ansprüche angestrengt, von denen viele zu hohen Schadensersatzforderungen und zu erheblichen Anwaltskosten führen. Gegen die Gesellschaft sind auf Grund der Art ihres Geschäfts solche Prozesse geführt worden und werden gegenwärtig geführt, und es ist damit zu rechnen, dass auch in Zukunft von Zeit zu Zeit solche Verfahren angestrengt werden. Obwohl die Gesellschaft in angemessenem Umfang versichert ist, kann sie nicht garantieren, dass die Obergrenzen des Versicherungsschutzes immer ausreichend sein werden oder dass alle geltend gemachten Ansprüche durch die Versicherungen abgedeckt sind. Ein erfolgreich durchgesetzter Schadensersatzanspruch gegen die Gesellschaft oder gegen irgendeine ihrer Tochtergesellschaften, der den Versicherungsschutz übersteigt, könnte eine wesentliche negative Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Jeder Schadensersatzanspruch, gleichgültig ob er berechtigt ist, kann das Ansehen und das Geschäft der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Gegen die Gesellschaft sind auch Schadensersatzansprüche erhoben und Gerichtsverfahren eingeleitet worden, die sich auf angebliche Patentrechtsverletzungen und von der Gesellschaft erworbene oder veräußerte Unternehmen beziehen. Diese Ansprüche und Verfahren können sich sowohl auf den Geschäftsbetrieb als auch auf das Akquisitions- oder Veräußerungsgeschäft beziehen. Die Gesellschaft hat eigene Rechtsansprüche und Schadensersatzforderungen gestellt, wo dies angebracht war. Eine erfolgreiche Klage gegen die Gesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften könnte wesentliche ungünstige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Sämtliche Ansprüche, unabhängig von ihrem sachlichen Gehalt oder dem Ausgang eines möglichen Verfahrens, können wesentliche ungünstige Auswirkungen auf den Ruf und die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft haben.

Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten

Zum 31. Dezember 2001 hat die Gesellschaft eine Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten in Höhe von 258.159 US-\$ (vor Steuer) gebildet, die ihre Einschätzung der Ausgaben widerspiegelt, die im Zusammenhang mit der Verteidigung und Regelung von Steuerforderungen aus der Zeit vor dem Zusammenschluss, von Ansprüchen im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss sowie von Ansprüchen privater Versicherungen auftreten können. Die Aufwendungen aus der Vergleichsvereinbarung und den Vergleichen mit den Versicherungen wurden zulasten dieser Rückstellung gebucht. Mit Ausnahme der vorgeschlagenen Zahlung in Höhe von 115.000 US-\$ (86.414 €) gemäß der Vergleichsvereinbarung sind alle in der Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten enthaltenen Sachverhalte beglichen. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass ihre verbleibende Rückstellung die geschätzten künftigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der fortgesetzten Verteidigung und Regelung dieser verbleibenden Angelegenheit angemessen widerspiegelt. Es kann aber keine Gewähr dafür gegeben werden, dass die tatsächlichen Kosten, die der Gesellschaft entstehen, den Rückstellungsbetrag nicht überschreiten werden.

13. Finanzinstrumente

Bewertung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft wendet IFRS 7 (Financial Instruments: Disclosures) an. Dabei sind für die Gesellschaft bisher folgende Kategorien nach IAS 39 (Financial Instruments: Recognition and Measurement) relevant: Kredite und Forderungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Restbuchwert bewertet werden. Seit dem 1. Quartal 2009 weist die Gesellschaft zusätzlich die Kategorien "Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden" und "Finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden" aus, die bislang als unwesentlich betrachtet wurden. Die Einteilung der Finanzinstrumente in Klassen wurde entsprechend angepasst. Anstelle der Klasse Derivate wurden die Klassen "Nicht als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente" und "Als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente" eingeführt. Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen den Klassen und Kategorien sowie die Zuordnung der Klassen zu den Bilanzposten.

		Klassen				
		Flüssige Mittel	Zum Buchwert bilanzierte Vermögenswerte	Zum Buchwert bilanzierte Verbindlichkeiten	Nicht als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente	Als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente
Kategorien	Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden				Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte, Sonstige Aktiva	
	Kredite und Forderungen		Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen			
	Finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden				Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten	
	Finanzielle Verbindlichkeiten, die zum Restbuchwert bewertet werden			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, kurzfristige Darlehen (incl. Darlehen von verbundenen Unternehmen), langfristige Verbindlichkeiten aus Darlehen und aktivierten Leasingverträge, Genussscheinähnliche Wertpapiere		
	Keiner Kategorie zugeordnet	Flüssige Mittel				Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige kurzfristige Vermögenswerte, sonstige Aktiva, sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten

Die neue Klasse "Nicht als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente" beinhaltet Derivate, für die kein Hedge-Accounting angewendet wird. Diese Derivate werden zur Absicherung von Risiken verwendet und nicht für Spekulationszwecke genutzt.

Marktwerte der Finanzinstrumente

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte sowie die Marktwerte der Finanzinstrumente des Konzerns zum 31. März 2009 bzw. 31. Dezember 2008 dargestellt:

Markt- und Buchwerte der Finanzinstrumente

in Tsd. €	2009	2009	2008	2008
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Flüssige Mittel	152.384	152.384	159.218	159.218
Zum Buchwert bilanzierte Vermögenswerte	1.741.208	1.741.208	1.689.905	1.689.905
Zum Buchwert bilanzierte Verbindlichkeiten	4.649.888	4.690.265	4.522.108	4.522.156
Nicht als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente	(2.010)	(2.010)	(1.242)	(1.242)
Als Sicherungsinstrumente designierte derivative Finanzinstrumente	(100.794)	(100.794)	(95.702)	(95.702)

Marktrisiko

Allgemeines

Aus der internationalen Geschäftstätigkeit in zahlreichen Währungen ergeben sich für die Gesellschaft Risiken aus Wechselkursschwankungen. Zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit emittiert die Gesellschaft Anleihen und genussscheinähnliche Wertpapiere und vereinbart mit Banken im Wesentlichen langfristige Darlehen und mittelfristige Schuldscheindarlehen. Daraus können sich für die Gesellschaft Zinsrisiken aus variabler Verzinsung und Kursrisiken für Bilanzpositionen aus fixer Verzinsung ergeben.

Zur Steuerung der Zins- und Währungsrisiken tritt die Gesellschaft im Rahmen der von der persönlich haftenden Gesellschafterin festgelegten Limite in bestimmte Sicherungsgeschäfte mit Banken ein, die ein hohes Rating haben. Die Gesellschaft verwendet Finanzinstrumente nicht für spekulative Zwecke.

Derivative Finanzinstrumente

Management des Währungsrisikos

Ausschließlich zur Sicherung der Transaktionsrisiken setzt die Gesellschaft Devisentermingeschäfte und in geringem Umfang Devisenoptionen ein. Zum 31. März 2009 betrug das Nominalvolumen aller Devisenkontrakte 560 Mio. €, der Marktwert dieser Kontrakte belief sich auf 4 Mio. €. Zum 31. März 2009 waren keine Devisenoptionen in Bestand.

Der Abschluss dieser Devisenkontrakte erfolgte zur Absicherung von Transaktionsrisiken aus dem operativen Geschäft und im Zusammenhang mit Konzerndarlehen in fremder Währung.

Zum 31. März 2009 hatte die Gesellschaft Devisenkontrakte mit einer maximalen Laufzeit von 22 Monaten im Bestand.

Management des Zinsrisikos

Die Gesellschaft setzt Zinsswaps und in geringem Umfang Zinsoptionen ein, um sich durch den Tausch von variablen Zinsen in Festzinssätze gegen Zinsänderungsrisiken aus variabel verzinsten mittel- und langfristigen Krediten abzusichern.

Die Gesellschaft nutzt als Cashflow Hedges klassifizierte US-Dollar Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von 2.650 Mio. US-\$ bzw. 1.991 Mio. EUR und einem Marktwert von -142 Mio. US-\$ bzw. -106 Mio. EUR.

14. Segment-Berichterstattung

Die Gesellschaft hat gemäß IFRS 8 drei Geschäftssegmente identifiziert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Sie ergeben sich aus der Art, wie die Gesellschaft ihre Geschäfte steuert. Alle Segmente sind im Wesentlichen tätig in den Bereichen Dialyседienstleistungen, Produktion und Vertrieb von Produkten und Ausrüstungen für die Behandlung von terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlung sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Kliniken an. Die Gesellschaft hat die operativen

Segmente International und Asien-Pazifik zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte wegen der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich u.a. auf die vertriebenen Produkte, auf die Art der Patientenstrukturen, auf die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie auf das wirtschaftliche Umfeld.

Die Zielgrößen, an denen die Segmente vom Vorstand gemessen werden, sind so gewählt, dass diese alle Erträge und Aufwendungen beinhalten, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen. Der Vorstand ist davon überzeugt, dass der dafür am besten geeignete Maßstab das operative Ergebnis der Segmente ist, welches die Ertragskraft der Gesellschaft misst. Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt, daher gehen Zinsaufwendungen für die Finanzierung nicht in die Zielgröße für ein Segment ein. Darüber hinaus werden die Kosten der Zentralbereiche, die im Wesentlichen Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. beinhalten, nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente.

Der Vorstand der Gesellschaft steuert die jeweiligen Segmente anhand von Zielgrößen, die auf US-GAAP Zahlen basieren. In der Segmentberichterstattung werden daher die Kennzahlen der einzelnen Segmente gemäß US-GAAP dargestellt. Mit den in der Spalte „IFRS-Überleitung“ dargestellten Bewertungsunterschieden wird dann von den Segmentdaten nach US-GAAP auf die Kennzahlen nach IFRS übergeleitet. Die Unterschiede zu den Kennzahlen nach IFRS resultieren im Wesentlichen aus der unterschiedlichen bilanziellen Behandlung von Gewinnen aus Sale and Leaseback-Transaktionen mit einer Operating-Lease Vereinbarung, Entwicklungskosten sowie von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten für Pensionen und in 2008 aus Erträgen und Aufwendungen aus Rückversicherungsverträgen.

Angaben über die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft für das 1. Quartal 2009 und 2008 nach Segmenten enthält die folgende Tabelle.

Segmentinformationen

in Tsd. €	Nordamerika	International	Segmente Gesamt	Konzern	US-GAAP Gesamt	IFRS Überleitung	IFRS Gesamt
1. Januar bis 31. März 2009							
Umsatzerlöse mit Dritten	1.361.434	603.150	1.964.584	118	1.964.702	-	1.964.702
Umsätze zwischen den Segmenten	-	13.452	13.452	(13.452)	-	-	-
Umsatzerlöse	1.361.434	616.602	1.978.036	(13.334)	1.964.702	-	1.964.702
Abschreibungen	(48.886)	(30.511)	(79.397)	(1.554)	(80.951)	(421)	(81.372)
Operatives Ergebnis	208.716	112.662	321.378	(17.562)	303.816	1.175	304.991
Aktiva der Segmente	8.238.890	2.647.574	10.886.464	286.331	11.172.795	54.386	11.227.181
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen ⁽¹⁾	58.678	55.000	113.678	349	114.027	(307)	113.720
1. Januar bis 31. März 2008							
Umsatzerlöse mit Dritten	1.112.436	563.039	1.675.474	125	1.675.600	4.340	1.679.940
Umsätze zwischen den Segmenten	-	12.969	12.969	(12.969)	-	-	-
Umsatzerlöse	1.112.436	576.008	1.688.443	(12.844)	1.675.600	4.340	1.679.940
Abschreibungen	(36.989)	(26.788)	(63.777)	(683)	(64.460)	(569)	(65.029)
Operatives Ergebnis	181.889	95.560	277.449	(18.162)	259.287	2.430	261.717
Aktiva der Segmente	6.759.601	2.308.235	9.067.836	160.923	9.228.759	24.546	9.253.305
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen ⁽²⁾	110.732	43.227	153.960	77	154.037	2	154.039

⁽¹⁾ In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 1.138 € nicht enthalten.

⁽²⁾ In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 2.952 € nicht enthalten.

15. Zusätzliche Informationen zur Kapitalflussrechnung

Die folgende Übersicht liefert zusätzliche Informationen in Bezug auf die Konzern-Kapitalflussrechnungen:

Zusätzliche Angaben zum Cash Flow

in Tsd. €	1. Januar bis 31. März	
	2009	2008
Zusätzliche Angaben zum Cash Flow		
Zinszahlungen	72.781	66.546
Zahlungen für Ertragsteuern	69.251	59.530
Mittelzufluss aus der Ausübung von Aktienoptionen	1.065	724
Zusätzliche Offenlegung von Cash Flow Informationen		
Zusätzliche Informationen zu Akquisitionen:		
Ausgaben für erworbene Vermögensgegenstände	(33.414)	(50.493)
Übernommene Verbindlichkeiten	4.222	2.552
Anteile anderer Anteilseigner	(54)	(2.187)
Als Teil des Kaufpreises über- bzw. aufgenommene Schulden	1.138	2.952
Barzahlungen	(28.109)	47.176
Abzüglich erworbene Barmittel	1.170	373
Nettoauszahlungen für Akquisitionen	(26.938)	(46.803)

16. Nachtragsbericht

Nach Schluss des 1. Quartals 2009 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

Corporate Governance

Die persönlich haftende Gesellschafterin vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG und der Aufsichtsrat der FMC-AG & Co. KGaA haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Entsprechungserklärung abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Prüferische Durchsicht

Der Konzernabschluss und der Zwischenlagebericht zum 31. März 2009 wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer unterzogen.

Kontakte und Kalender

Kontakt

Fresenius Medical Care
61346 Bad Homburg
Tel. +49 6172 609 0
www.fmc-ag.de

Oliver Maier
Leiter Investor Relations &
Corporate Communications
Tel. +49 6172 609 2525
Fax +49 6172 609 2301
E-Mail: ir@fmc-ag.de

Kalender 2009

Veröffentlichung zum 2. Quartal 2009

04. August 2009

Veröffentlichung zum 3. Quartal 2009

03. November 2009

Änderungen vorbehalten.